

Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



- *Türkei: Der Militärputsch ist gescheitert, Erdogans Putsch geht weiter – S. 5*
- *München, CSD: Vielfalt verdient Respekt. Grenzenlos! – S. 13*
- *Überlebende des Fabrikbrandes in Karachi verklagen die deutsche Firma KiK – S. 16*
- *Hamburg: Watchletter AfD, Rechtsaußen im Rathaus – S. 18*
- *Kalenderblatt Österreich, 1840er Jahre: auf leisen Sohlen kommt die Solidarität in die Welt – S. 22*

Ausgabe Nr. 7 am 21. Juli 2016, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer, E-Mail: ruediger-loetzer@onlinehome.de – Alfred Küstler, Tel.: 0711-62 47 01, E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff, Tel. 0209/81 53 43 oder 0178/2 87 75 71, E-Mail: t.jannoff@web.de

Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler, Eva Detscher E-Mail: pb@gnn-verlage.de
In & bei der Linken: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Letzte Seite: Alfred Küstler, E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com.

Onlineredaktion: Jonas Bens, jonas.bens@gmx.de

Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln
Abos: Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701. Email: stuttgart@gnn-verlage.com

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 1 Ausgabe für 5 € (beilegen) zum Kennenlernen
- o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Großbritannien rüstet zur See

diepresse.com/home. maf. Das britische Unterhaus hat gegen die Stimmen von Teilen der Labour-Fraktion und entgegen den Wünschen der Regierung Schottlands mit 472 zu nur 117 Stimmen beschlossen, die veraltenden Atom-U-Boote durch vier strategische U-Boote mit je bis zu 40 thermonuklearen Sprengköpfen zu ersetzen. Die Kosten werden laut Schätzungen im Bereich von 50 Milliarden Euro liegen. Die Schiffe werden von der britischen Firma BAE-Systems gebaut, die Antriebsreaktoren so wie auch die Lenk Waffen aus den USA bezogen. Die thermonuklearen Sprengköpfe baut Großbritannien selbst. Die Sprengkraft soll „einstellbar“ sein, damit würden auch „folgenarme Schläge gegen kleine Ziele und reine Machtdemonstrationen“ möglich. – Die Atom-U-Boot-Flotten der Nuklearmächte wurden in der Zeit der Blockkonfrontation mit dem Ziel konzipiert, auch nach einem verheerenden Nuklearangriff z.B. auf London Vergeltung üben zu können. Die Überlegung war: Unterirdische Raketen-silos, rollende Abschussrampen, beständig in der Luft gehaltene strategische Bomberverbände können von einem mächtigen Angreifer im Zug des Erstschlags miterledigt werden. In den

Weiten und Tiefen der Ozeane auf Monate hin unabhängig operationsfähige Atom-U-Boote nicht. Ortungstechniken und Zielgenauigkeit der Raketen wurden in den seither verstrichenen Jahrzehnten beständig perfektioniert. Die Welt ist vermessen. Die Ozeane sind es – noch – nicht. Der Hinweis aus die Fähigkeit zu „folgenarmen Schlägen“ und „Machtdemonstrationen“ ist jedoch alarmierend. Großbritannien wirft sein militärisches Gewicht nicht etwa zum Erhalt oder Herstellung eines Gleichgewichts in die Waagschale. Diese Waffensysteme verstärken die Fähigkeit zum Interventionskrieg gegen kleinere und mittlere Mächte. Britische Regierungen könnten, so ausgestattet, auch außerhalb von Bündnissen handeln bzw. in Bündnissen ihrem Standpunkt Geltung verschaffen. Man sieht hier die Idee der nationalen Souveränität am Werke. Sie kostet Geld, Geld, Geld. Mit seinem Beschluss hat das Unterhaus die Rangfolge der Werte fixiert, die britische Politik bestimmen sollen: Zuerst kommt, koste es was es wolle, die Souveränität, verstanden als Fähigkeit zur selbstständigen Kriegsführung. Die Premierministerin, die von einer Politik des sozialen Ausgleichs spricht, hat die Haushaltsmittel dazu schon, man kann sagen tags darauf, umgewidmet.

<http://www.atomwaffenfrei.de/aktiv-werden.html>

Taten statt leerer Worte – Abzug statt Aufrüstung der Atomwaffen!

[19. Juli 2016] bis 15. September 2017

Die neue Petition ist schon da! Damit fordern wir die Bundesregierung auf, entsprechend dem Wunsch der überwältigenden Mehrheit der BundesbürgerInnen, die nukleare Aufrüstung in Deutschland zu verhindern, tatkräftig für den Abzug der Atomwaffen aus Büchel einzusetzen und diplomatische Schritte für ein Atomwaffenverbot zu unterstützen.

BÜCHEL IST ÜBERALL!
atomwaffenfrei.
jetzt

**Stopp der nuklearen
Aufrüstung in Deutschland
Abzug der Atomwaffen
aus Büchel
Verbot der Atomwaffen**

Taten statt leerer Worte:

Abzug statt Aufrüstung der Atomwaffen!

Auf dem Fliegerhorst Büchel (Eifel) lagern noch immer ca. 20 US-Atomwaffen. In den kommenden Jahren ist geplant, diese durch weiter entwickelte und zielgenauere Typen zu ersetzen, womit die Hemmschwelle für einen Atomwaffeneinsatz sinkt. Dies ist eine klare nukleare Aufrüstung, die von der deutschen Regierung unterstützt wird und an der sich Deutschland finanziell beteiligen soll. International unterstützt die Bundesregierung die ablehnende Haltung der Atomwaffenstaaten gegenüber einem Verbotsvertrag, der von der Mehrheit der UNO-Staaten angestrebt wird.

Wir fordern die Bundesregierung auf!:

Entsprechen Sie dem Wunsch der überwältigenden Mehrheit der BundesbürgerInnen (Forsa-Umfrage März 2016²⁾ und zeigen Sie Verantwortung und Weitsicht, denn Atomwaffen und die Androhung ihres Einsatzes sind nach einem Gutachten des internationalen Gerichtshofes völkerrechtswidrig.

- Verhindern Sie die nukleare Aufrüstung in Deutschland.
- Setzen Sie sich tatkräftig für den Abzug der Atomwaffen aus Büchel ein.
- Unterstützen Sie auf allen Ebenen diplomatische Schritte für ein Verbot von Atomwaffen.

Ja, ich unterzeichne die Erklärung: **Abzug statt Aufrüstung der Atomwaffen!**

1

Name, Vorname

Straße, PLZ, Wohnort

Unterschrift

Email

☐ Weitere Infos erwünscht

☐ Bitte schicken Sie mir weitere Unterschriftenlisten zum selber Sammeln und Verteilen.

Politische Berichte im Internet: www.politische-berichte.de

Brexit

Wir dokumentieren die Antrittsrede der neuen britischen Premierministerin Theresa May vollständig in der offiziellen Übersetzung.

Die soeben von der Königin mit der Regierungsbildung beauftragte Theresa May entwickelt ihr Konzept. Ihre Kritik an sozialer Ungleichheit ist datenbezogen, lässt sich mit Statistik fassen. Kurz bevor sie ihr Kabinett präsentierte, formulierte Frau May dessen Auftrag: Kampf gegen „krasse Ungerechtigkeit“. Dennoch ist ihr Ansatz nicht menschenrechtlich, sondern „unionistisch“. Maßstab ist die Einheit des Staates, konkret und staatsrechtlich präzise benannt, von England, Schottland, Wales und Nordirland. Die Premierministerin glaubt, diese Union durch Kontrolle der Außenbeziehungen des Vereinigten Königreichs fördern zu können. Ein zentraler Punkt ist dabei, die Unterbindung der Arbeitsmarktfreizügigkeit. Im Deutschen gibt es dafür das Schlagwort: „Einwanderung in die Sozialsysteme stoppen“.

Der von Frau May aufgerufene Unionismus ist unvollständig. Sie sagt nicht, wodurch Großbritannien mit dem Rest der Welt verbunden ist. In ihrer Rede lebt das Land nicht mit der Welt, sondern in der Welt. Der Doktrin nach ist

damit eine schroffe nationalistische Abgrenzung angelegt.

Unwahrscheinlich ist, dass die von der Regierung May angestrebten Ziele, quantitativ messbare Fortschritte in Sachen sozialer Gleichheit und gefestigte Einheit von Schottland, Wales, Nordirland und England, sich auf dem Wege der Abgrenzung überhaupt erreichen lassen. Der Bürgerkrieg in und um Nordirland hat sich erst unter dem Dach der EU politisch moderieren lassen, die drohende schottische Abspaltung unter der Parole „Better together“ abwenden lassen, in der die Mitgliedschaft in der EU, so wenigstens sagt es die schottische Regierung, mitgedacht war. Diese Ungewissheiten wird das inzwischen gebildete Kabinett klären müssen. In dürren Worten: Der Brexit-Minister David Davis wird einen Plan entwickeln müssen, der in Schottland, Nordirland, Wales und England Zustimmung findet. Hieran kann sein Ministerium scheitern.

Der Brexit-Plan wird auch Vorstellungen über die Ordnung der Außenbeziehungen des Vereinigten Königreichs

enthalten müssen. Diese Elemente des Plans berühren andere, die Zustimmung mindestens signalisieren müssen. Daran kann der neue Außenminister Boris Johnson scheitern. Am Ende wird der Brexit, der ein Sozial- und Außenwirtschaftsplan sein muss, Haushaltsbeschlüsse erforderlich machen. Daran kann die Premierministerin im Unterhaus scheitern.

Aus der Ferne gewinnt man den Eindruck, dass die Regierung May versucht, den Prozess in eine Reihe einzelner Schritte zu zerlegen, was an jeder Verzweigung des Weges Reflexion und Neubestimmung ermöglicht. Muss das uns, die wir im Vereinigten Königreich Großbritannien keine Stimme haben, so ins Einzelne gehend überhaupt interessieren? Wenn alles friedlich entschieden geht, wird am Ende historisch geklärt sein, ob es einen Weg zurück zu einem nationalistisch definierten Sozialstaat überhaupt geben kann, welche Verbesserungen Einrichtungen wie die EU stabilisieren könnten.

Die EU wird in diesem Prozess gezwungen sein, ihre Beziehungen zum „Rest der Welt“ zu bedenken und den Irrweg eines europäischen Nationalismus gar nicht erst zu versuchen.

Martin Fochler

<https://www.gov.uk/government/speeches/statement-from-the-new-prime-minister-theresa-may.de>, 13.7.2016

Ich komme gerade vom Buckingham-Palast, wo Ihre Majestät die Königin mich beauftragt hat, eine neue Regierung zu bilden, und ich habe den Auftrag angenommen. Ich trete nun in die Fußstapfen von David Cameron, der ein großartiger, moderner Premierminister war. Unter David Camerons Führung hat die Regierung die Wirtschaft stabilisiert, das Haushaltsdefizit reduziert, und mehr Menschen als je zuvor in Arbeit gebracht. David Camerons wahres Vermächtnis aber findet sich nicht in der Wirtschaft, sondern in sozialer Gerechtigkeit. Von der Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe bis zur vollständigen Steuerbefreiung für Geringverdiener – David Cameron hat das Land als eine Nation geführt, und in diesem Sinne gedenke auch ich zu regieren.

Vielleicht wissen das nicht alle, aber der vollständige Name meiner Partei lautet Konservative und Unionistische Partei, und das „unionistische“ Element ist sehr wichtig für mich. Es bedeutet, dass wir an die Union glauben: an die so kostbaren und wertvollen Bindungen zwischen England, Schottland, Wales und Nordirland. Es bedeutet aber auch noch etwas anderes, das genauso wichtig ist. Es bedeutet, dass wir nicht nur an die Einheit der Nationen des Vereinigten Königreichs glauben, sondern auch an die Einheit aller unserer Bürger, jedes Einzelnen von uns, wer auch

immer wir sind und wo auch immer wir herkommen.

Es bedeutet, den Kampf aufzunehmen gegen die krasse Ungerechtigkeit, dass Sie, wenn Sie als armer Mensch geboren werden, im Durchschnitt neun Jahre früher sterben als andere. Dass Sie als Schwarzer vom Strafsystem nicht so gut behandelt werden wie ein Weißer. Dass Sie als weißer Arbeitersohn geringere Chancen haben, eine Universität zu besuchen, als irgend jemand sonst in Großbritannien. Dass Sie als Schüler oder Schülerin an einer staatlichen Schule geringere Aussichten haben, in einen der Spitzenberufe zu kommen, als jemand, der eine Privatschule besucht. Dass Sie als Frau weniger verdienen als ein Mann. Dass Sie, wenn Sie psychische Probleme haben, nicht genug Hilfe bekommen. Dass es für Sie als junger Mensch schwerer ist denn je zuvor, Wohneigentum zu erwerben.

Aber der Auftrag, Großbritannien zu einem Land zu machen, in dem es allen gut geht, bedeutet noch mehr als den Kampf gegen diese Ungerechtigkeiten aufzunehmen. Wenn Sie aus einer einfachen Arbeiterfamilie kommen, ist das Leben für Sie viel härter als es vielen Parlamentariern bewusst ist. Sie haben einen Arbeitsplatz, aber er ist nicht unbedingt sicher. Sie haben ein Eigenheim, aber Sie machen sich Sorgen wegen der Abzahlung der Hy-

pothek. Sie kommen gerade so zurecht, aber Sie machen sich Gedanken über die Lebenshaltungskosten und wie Sie ihren Kindern eine gute Schule ermöglichen können. Wenn Sie zu einer dieser Familien gehören, wenn Sie gerade so zurechtkommen, dann sind genau Sie es, den oder die ich hier direkt ansprechen möchte. Ich weiß, dass Sie rund um die Uhr arbeiten, ich weiß, dass Sie Ihr Bestes geben, und ich weiß, dass Ihr Leben manchmal ein harter Kampf ist. Meine Regierung wird nicht von den Interessen der wenigen Privilegierten geleitet sein, sondern von Ihnen.

Wir werden alles in unseren Kräften Stehende tun, um Ihnen mehr Möglichkeiten zu geben, Ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen. Wenn wir die großen Entscheidungen treffen, werden wir nicht an die Mächtigen denken, sondern an Sie. Wenn wir neue Gesetze erlassen, werden wir nicht die Großen befragen, sondern Sie. Bei den Steuern werden wir nicht die Reichen begünstigen, sondern Sie. Wenn es um Chancen geht, werden wir nicht die Vorteile der wenigen Glücklichen weiter verfestigen. Wir werden alles in unseren Kräften Stehende tun, um allen, egal welcher Herkunft, dabei zu helfen, so weit zu kommen, wie es ihren Fähigkeiten entspricht.

Wir erleben gerade einen bedeutenden Augenblick in der Geschichte unseres Landes. Nach dem Referendum

steht uns eine Zeit großer nationaler Veränderungen bevor.

Aber ich weiß, dass wir diese Herausforderung meistern werden, denn wir sind das großartige Britannien. Wir werden die Europäische Union verlassen und gleichzeitig eine neue mutige und positive Rolle für unser Land in der Welt gestalten, und wir werden Großbritannien zu einem Land machen, in dem es nicht nur den wenigen Privilegierten gut geht, sondern uns allen.

Das wird die Aufgabe der Regierung sein, die ich führe, und gemeinsam werden wir ein besseres Großbritannien erschaffen.

TTIP

www.nzz.ch, 15.7. alk. Die „Neue Zürcher Zeitung“ hat ihren Brüsseler und ihren Berliner Korrespondenten eine gemeinsame Einschätzung machen lassen, wie es mit den TTIP-Verhandlungen zwischen der EU und den USA weitergehen wird. Ihr Fazit steht in der Überschrift: „Einigung bis Ende Jahr möglich“. Nach dem Abschluss der 14. Verhandlungsrunde in Brüssel sehen sie nach Stellungnahmen der Unterhändler beider Seiten noch folgende Probleme: Zollabbau bei etwa 3% der Zolltarifpositionen (Agrarzölle vor allem); die EU-Forderung nach dem Schutz ihrer geografischen Angaben*; die Weigerung der USA, öffentliche Aufträge auf allen Ebenen des amerikanischen Staates (vor allem geht es um die Bundesstaaten) auszu-schreiben; schließlich die Beilegung von Konflikten zwischen einem Staat und einem ausländischen Investor: Die USA sagen, bisher habe man doch schon in 86 von 129 Investitionsschutzabkommen private Schiedsgerichte als Option; die EU will jetzt vor allem auf Drängen Deutschlands eine öffentliche Gerichtsbarkeit. Die Unterhändler sehen diese Probleme aber für lösbar an; die Beobachter der „Neuen Zürcher Zeitung“ schließen sich dem an. Sie sehen das Problem für TTIP woanders:

„Ein eigentliches Trauerspiel läuft derweil in dem Land ab, das mit offenen Märkten eigentlich bestens zu-rechtkommt: Deutschland.“ Dieses Trauerspiel führe die SPD auf. Deren Parteichef Sigmar Gabriel schiebe den Amerikanern die Verantwortung zu, obwohl er derjenige sei, der von „roten Linien“ rede. Statt wie früher die „Stop-TTIP“-Kampagne als „anti-aufklärerisch“ zu bezeichnen, knicke Gabriel inzwischen vor seiner Partei ein. So habe z.B. der Chef der NRW-Landesgruppe der SPD im Bundestag erklärt, TTIP sei tot. Auch der Landesparteitag der SPD Bayern hat sich inzwischen gegen TTIP ausgesprochen. Fazit der „Neuen Zürcher Zeitung“: „Damit droht eine Partei, die gerade noch 20% der Deutschen hinter sich

weiss, ein Projekt zu Fall zu bringen, dem das Gros der EU-Staaten immer noch positiv gegenübersteht.“

* „Schwarzwälder Schinken“ etwa, bei dem das Schwein aus Niedersachsen, in Italien geschlachtet, das Schinkenstück in Sichtweite des Schwarzwalds geräuchert und am Ende in Norddeutschland aufgeschnitten und verpackt wurde; Näheres siehe Wikipedia, Schwarzwälder Schinken.

Stuttgart 21: Wahrscheinlich teurer, Gegner fordern: „Umstieg“

Vom Bundesrechnungshof soll es ein Gutachten geben, dass der Um-/Neubau des Stuttgart Bahnhofs rund zehn Milliarden Euro kosten soll, statt der bisher projektierten 6,5 Milliarden. Der Bauherr Bahn bestreitet das; man komme mit dem Geld aus, wenn auch sehr knapp. Die ebenfalls prognostizierte verspätete Inbetriebnahme könne aus heutiger Sicht vermieden werden, so die Sprecher der Bahn. Die als Finanzier mitbeteiligte Stadt will nicht mehr bezahlen (außer mit einem positiven Bürgerentscheid, so der grüne OB Kuhn). Die Flughafen AG hat ihren Anteil schon überwiesen, mehr gebe es nicht. Die grün-schwarze Landesregierung hält sich bedeckt: es stünden ja gar keine konkreten Verhandlungen an, solange die Bahn AG sage, sie könne im vorgesehenen Rahmen bauen. Dass die Kosten steigen, ist nicht ausgeschlossen; selbst bei den vielgerühmten Schweizer Tunnelbauern hat sich das Projekt Gotthard-Basistunnel von ursprünglich geplanten acht Milliarden auf 14 Milliarden Franken verteuert. Ursachen waren neben Preissteigerungen vor allem auch die im Bauverlauf gestiegenen Anforderungen.

Für die Stuttgart 21-Gegner war die Meldung über das nicht öffentliche Rechnungshof-Gutachten Anlass, eine Demonstration anzumelden und für die Forderung nach „Umstieg“ zu werben. Am Samstag, 16. Juni, demonstrierten 4000 (Veranstalter, nach Polizeiangaben 2500). Ihr „Umstiegsplan“: Direkt am Hauptbahnhof, wo inzwischen die Baugrube für den neuen Tiefbahnhof ausgehoben und zum Teil schon betoniert ist, solle man einen unterirdischen Busbahnhof einrichten, Carsharing-Parkplätze sowie ein Verleih für Elektrofahrräder. Die übrigen Gruben solle man wieder zuschütten, einen großen Pavillon einrichten und dort eine vor Jahren stillgelegte Modelleisenbahn mit der alten Stuttgarter Linienführung als Attraktion in Betrieb nehmen. Die Stuttgart-21-Gegner wollen die Neubaustrecke zwischen Neckartal und Ulm belassen (hier ist inzwischen über die Hälfte der 61 Kilometer Tunnel gebohrt; zu bauen sind noch einige Brücken und Anschlussstrassen). Der Filderaufstiegstunnel (Verbindung zwischen Stuttgarter Innenstadt und dem Stuttgarter Flughafen) soll nach Vorstellung der Projektgegner nicht weitergebaut werden, obwohl hier auch schon etwa ein Viertel der Tunnelröhren fertig ist (alle Vorschläge: www.kopfbahnhof-21.de).

Der Bau von Tiefbahnhof und Neubaustrecke nach Ulm wurde legitimiert in der Volksabstimmung 2011, in der eine Mehrheit in Baden-Württemberg (58,9%), auch in der Stadt Stuttgart (52,9%), zustimmte. Die Projektgegner streben für ihre Planung keine erneute Volksabstimmung an.

Alfred Küstler



Stand der Bauarbeiten am Stuttgarter Hauptbahnhof am 24.6.2016. Zur Orientierung: oben die 8 Bahnsteige, unten das Bahnhofsgebäude (rechts mit Turm), dazwischen die Baugrube, in der quer zur jetzigen Fahrtrichtung der neue Tiefbahnhof zu liegen kommt, mit Fußgängerbrücken als Verbindungen. (Bildquelle: www.bahnprojekt-stuttgart-ulm.de)

Der Militärputsch ist gescheitert – Erdogans Putsch geht weiter

Der Putschversuch in der Türkei von Teilen der Armee und der Jandarma vom 15. auf den 16. Juli ist gescheitert. Erdogan und die AKP-Regierung nutzen derzeit den Putschversuch, die schon seit längerem vorbereitete Säuberung des gesamten Staatsapparats durchzuziehen, um eine Präsidialdikatur Erdogans voranzutreiben.

Anders als bei den drei letzten Militärputschen (1960, 1971, 1980) war nicht die gesamte Militärführung sowie auch nicht die Befehlsstruktur von Geheimdiensten, Polizei und Spezialeinheiten beteiligt. Gehen wir von



Erklärung von Remzi Kartal, Vorsitzender des Kongra-Gel

Der Kongra-Gel Vorsitzender Remzi Kartal bewertete zu den jüngsten Ereignissen in der Türkei wie folgt: „Die Lösung ist weder die zivile Diktatur Erdogans, noch ein Putsch des Militärs. Die Lösung ist der dritte Weg, der demokratische Widerstand“. (...)

„Derzeit befindet sich die Regierung sowieso in der Hand von zivilen Putschisten. Erdogan lehnte den Willen des Volkes, der sich bei den Wahlen vom 7. Juni 2015 manifestiert hat, ab. Erdogan hat das Parlament, die Justiz, die Medien außer Acht gelassen und die Türkei zu den Wahlen vom 1. November geführt. Dieser Putsch festigte seine Macht.“

„Gegen den zivilen Putsch wurde ein militärischer Putsch geübt. Die einzige Lösung aller schwerwiegenden Probleme der Türkei ist allerdings nur eine Demokratie, bei welcher der Wille des Volkes und ihre Freiheiten geachtet werden. Ohne Demokratie und Freiheit ist es nicht möglich, Lösungen zu finden und die gesellschaftliche Krise zu überwinden. Weder ein ziviler, noch ein militärischer Putsch ist die Lösung. Es wäre falsch, Erdogan und seine Gefolgsleute, die gegen diesen Putsch kämpften, jetzt als Demokraten darzustellen“. (...)

Quelle: ANF, 16.07.2016, Übersetzung cicaka-azad.org

Kongra Gel: Kurdischer Volkskongress

den Festnahmen aus, könnte der Kern der Putschisten aus Teilen der Luftwaffe der Standorte Akinci (nahe Ankara), Diyarbakir und Incirlik (Nato-Stützpunkt) und aus den Hauptquartieren der Zweiten Armee (Malatya), der Dritten Armee (Erizcan) und der Ägäis-Armee (Izmir) kommen. Hier wurden die kommandierenden Generale festgenommen. Weitere Generale stammen vor allem aus der Luftwaffe, der Panzertruppe, der Marine und der paramilitärischen Jandarma. Laut der Nachrichtenagentur *Anadolu* sollen um die 100 Generalstabsoffiziere festgenommen worden sein.

Die Co-Vorsitzenden der HDP, Figen Yüксеkdağ und Selahattin Demirtaş, distanzierten sich sofort von dem Putsch: „In diesen für die Türkei kritischen und herausfordernden Tagen darf sich niemand, aus welchem Grund auch immer, an die Stelle des Willens des Volkes setzen. Die HDP ist unter allen Umständen und aus Prinzip gegen jede Form eines Staatsstreiches. Die Türkei braucht dringend eine pluralistische und freiheitliche Demokratie, inneren und äußeren Frieden, universelle Werte und Konventionen. Eine Alternative zur Demokratie gibt es nicht.“ (E-Mail vom 16.7.)

Nursel Aydoğan, Abgeordnete der HDP aus Diyarbakir sagte in einem Interview mit der *jungen welt*:

„Der Coup vom 15. Juli blieb ein Versuch und scheiterte. Alle vier Parteien des türkischen Parlaments haben ihn einstimmig verurteilt. Aber wir als HDP waren die einzigen, die sich gegen jede Art von Staatsstreich gewandt haben, nicht nur den militärischen. Nach dem versuchten Umsturz wurden 6 000 Menschen verhaftet, darunter Richter, Soldaten, Staatsanwälte. Das scheint zunächst die These zu stützen, dass

die Gülen-Bewegung hinter der Aktion stand. Aber es ist sicher nicht wahr, zu behaupten, dass all diese Soldaten Mitglieder der Gülen-Bewegung sind. Wir können auch sagen, dass genauso kemalistische Kräfte beteiligt waren.“ (19.7.)

Nach Meinung türkischer und kurdischer Zeitungen und Politiker, scheint die Regierung über zumindest Teile der Putschpläne informiert gewesen zu sein.

Seit Samstag kommt es zu einer neuen nationalistisch-islamistischen Welle in der Türkei mit teilweise pogromartigen Angriffen auf Andersdenkende. Betroffen sind davon nicht nur Beteiligte am Putsch, sondern in verschiedenen Städten gab es Angriffe gegen Aleviten. Erdogan demonstrierte mehrfach auf einer Großkundgebung in Ankara mit dem Gruß der islamischen Bruderschaften.

Nach der Säuberungswelle im Staatsapparat werden Erdogan und die AKP weiter versuchen, die HDP aus dem Parlament zu drängen und die kurdischen Kommunalstrukturen der DBP zu zerschlagen. 21 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sitzen derzeit schon in Haft. Der Kriegszustand wird wieder zum Dauerzustand in der Türkei. Erdogans Angriffe gegen jegliche Opposition und seine Politik gegen demokratische Entwicklungen werden die Türkei weiter destabilisieren.

EU und Bundesregierung forderten „die Rückkehr zur Demokratie“. Das kann nicht alles gewesen sein! Sie müssen gegen die systematische Zerstörung kurdischer Städte und die Beseitigung der Opposition vorgehen, das unsägliche Flüchtlingsabkommen mit der Türkei kündigen und ihre Truppen aus der Türkei abziehen.

Rudolf Bürgel



Erklärung der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK) zum Putschversuch in der Türkei

Mit einer Erklärung hat die Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK) die Ereignisse in der Türkei rund um den Putschversuch in der vergangenen Nacht bewertet. Die KCK macht in ihrer Erklärung deutlich, dass es sich bei den Ereignissen nicht um einen Machtkampf zwischen Demokraten und Putschisten handelt. Vielmehr habe eine Militärclique den Putsch gegen eine andere Militärclique geprobt. Die AKP werde nun im Nachgang zu den Ereignissen versuchen, politischen Profit aus dem Putschversuch zu erzielen und sich zur Hüterin der Demokratie stilisieren. Dabei habe Erdogan und seine AKP selbst nach den Wahlen vom 7. Juni 2015 gemeinsam mit der faschistischen MHP und dem Militär gegen den Willen der Bevölkerung geputscht.

Die vollständige Erklärung der KCK lautet wie folgt:

Keine der Parteien verteidigt die Demokratie

„Egal welche inländischen oder ausländischen Mächte in diesen Vorfall verwickelt sein mögen, und egal aus welchen Gründen dieser Machtkampf geführt wird, es geht bei den Ereignissen von gestern nicht darum, dass eine der beiden Seiten die Demokratie gegen die andere Seite zu verteidigen versucht. Im Gegenteil, die Ereignisse stellen unter Beweis, dass in der Türkei keine Demokratie herrscht. In Ländern, in denen Machtkämpfe dieser Art geführt werden und eine der Parteien versucht, auf diese Weise die Macht an sich bringen, sind keine Demokratien. In Ländern wie diesen wird eine autoritäre Macht eine andere autoritäre Macht versuchen, mit einem Putsch vom Thron zu stoßen, sobald sie die Bedingungen hierfür als geeignet betrachtet. Was in der Türkei gestern passiert ist, ist genau dies.“

Der Putsch Erdogans gegen den Willen der Bevölkerung

Vor genau einem Jahr hatte Tayyip Erdogan und seine Palast-Gladio die MHP, alle faschistischen Kräfte und die Ergenekon-Bande des Militärs an seiner Seite versammelt, um gegen die Wahlergebnisse des 7. Junis [2015] zu putschen. Es fand ein Putsch des Präsidentenpalasts gegen den Willen des Volkes statt. Bereits in der Vergangenheit wurde in der Türkei geputscht, wenn die Demokratiekräfte ein wenig an Kraft gewannen und die KurdInnen begannen, sich selbst zu organisieren. Aus denselben Gründen putschte der Präsidentenpalast auch infolge der Wahlen vom 7. Juni. Der

AKP-Faschismus hat Bündnisse mit allen faschistischen Kräften im Land und dem Generalstab geschmiedet, um die kurdische Freiheitsbewegung und die Demokratiekräfte im Land zu ersticken. Das Militär wurde in die kurdischen Städte und Bezirke entsandt, um diese niederzubrennen und hunderte Zivilisten zu ermorden. Um die Verbrechen des Militärs zu decken, wurden neue Gesetze erlassen. Aufgrund dieser Situation werteten Intellektuelle und die Demokratiekräfte im Land die AKP als eine Regierung, welche die Vormundschaft des Militärs im Staat legalisiert und legitimiert.

So hatte das Militär auch vor dem gestrigen Putschversuch ihre Machtposition im Staate gefestigt. Die Vorfälle des gestrigen Abends sind von daher als ein Putschversuch einer militärischen Clique im Staat gegen eine andere militärische Clique zu werten. Das ist letztlich auch der Grund dafür, dass Kräfte im Staat, die zuvor einen Putsch des Militärs gegen die AKP sich gewünscht hatten, die neuerliche Vormundschaft des Militärs durch die Regierungspartei akzeptiert und sich an die Seite der AKP stellten. Der beste Beweis dafür, dass es sich um keinen Machtkampf zwischen Demokraten und Putschisten handelt, ist die Tatsache, dass chauvinistisch-nationalistische Kreise wie die MHP sich an die Seite der Palast-Gladio gestellt haben.

Erdogan wird versuchen sich als Hüter der Demokratie zu präsentieren

Nach dem gestrigen Putschversuch nun Tayyip Erdogan, die Palast-Gladio und die faschistische AKP-Regierung als eine demokratisch legitimierte Regierung darzustellen, wäre deshalb nicht nur falsch, sondern auch äußerst gefährlich. Einen Machtkampf zwischen autoritären, despotischen und demokratiefeindlichen Kräften so zu bewerten, als handle es hierbei um den Kampf einer antidemokratischen und einer demokratischen Konfliktpartei, käme der Legitimierung der vorherrschenden faschistischen und despotischen Regierung gleich.

In der Türkei gibt es weder eine zivile Regierung, noch herrscht ein Machtkampf zwischen „Demokraten“ und Putschisten. Es wird lediglich ein Kampf darum geführt, wer dem herrschenden demokratie- und kurdenfeindlichen System vorstehen soll. Aus diesem Grund kann nicht die Rede davon sein, dass die Demokratiekräfte sich an die Seite einer dieser beiden Konfliktparteien stellen.

Der eigentliche Putsch gegen die Demokratie

Wenn die Rede von einem Putsch gegen die Demokratie ist, dann ist es zu allererst die faschistische AKP-Regierung, die diesen Putsch vollzogen hat. Den größten Putsch gegen die Demokratie stellen die Kontrollübernahme der Regierung über die Justiz, die Durchsetzung faschistischer Gesetze auf Grundlage der Mehrheit im Parlament, die Aufhebung der Immunität der Abgeordneten, die Festnahmen und Absetzungen von demokratisch gewählten BürgermeisterInnen, sowie die Inhaftierungen tausender PolitikerInnen der HDP und DBP dar. Hinzu kommt, dass in Kurdistan gegen die Bevölkerung derzeit eine Vernichtungskampagne geführt wird, wie sie bei keinem der Militärputsche in der Türkei stattgefunden hat.

Es ist die Kriegsregierung der AKP, welche die Türkei in dieses Chaos der Auseinandersetzungen geführt hat. Mit ihrem monistischen, hegemonialen und antidemokratischen Charakter sorgt die Regierung dafür, dass das Chaos im Land fortbesteht. Mit seinem ständigen Kampf gegen alle, die nicht dem eigenen Kurs folgen, und das sind zuallererst die KurdInnen und die DemokratInnen, hat die AKP dafür gesorgt, dass der Krieg zu einem Dauerzustand im Land geworden ist.

Der jüngste Putschversuch hat unter Beweis gestellt, dass die Türkei von der faschistischen AKP-Regierung befreit und zu einer demokratischen Regierung geführt werden muss. Die Befreiung der Türkei von einer monistischen, hegemonialen und faschistischen Regierung und die Demokratisierung des Landes drängt mehr denn je.

Das Gesicht der AKP enttarnen

Die wichtigste Aufgabe der Demokratiekräfte nach den gestrigen Ereignissen ist es, die Versuche der faschistischen AKP-Regierung ihr Gesicht unter dem Deckmantel der Demokratie zu verschleiern und sich so Legitimität zu verschaffen, zu enttarnen und auf diesem Wege ein wirkliches Demokratiebündnis auf die Beine zu stellen. Infolge dieses Putschversuches darf es nicht dazu kommen, dass der Kampf gegen den AKP-Faschismus vernachlässigt wird. Im Gegenteil, dieser Kampf muss gestärkt werden, um die Türkei aus diesem Chaos herauszuführen und eine demokratische Türkei zu erschaffen.

Quelle: ANF, 16.7.2016, Übersetzung cicaka-azad.org



Frankreich: Widerstand gegen Loi El Khomri

Das geplante französische Arbeitsgesetz „Loi El Khomri“ soll viele Nachteile für Arbeitnehmer bringen. Seit März reißt in Frankreich der Widerstand gegen das geplante Gesetz nicht ab. Beschäftigte, Erwerbslose, Gewerkschaften, Schülerinnen und Schüler, Studentinnen und Studenten führen Platzbesetzungen durch (nuit debout) und organisieren Massendemonstrationen. Die Kritik richtet sich vor allem gegen die Lockerung des Kündigungsschutzes für Jugendliche. Außerdem kritisieren viele Franzosen die geplante Änderung des sogenannten Günstigkeitsprinzips. Bisher galt diejenige Regelung aus Arbeitsgesetz, Branchentarif, Haustarif oder individuellem Arbeitsvertrag, die für die Beschäftigten am günstigsten ist. Das neue Gesetz sieht eine Umkehrung dieser Regelung vor. Vorrang soll der Tarif des einzelnen Unternehmens haben. Auch die vorgesehene Überstundenregelung stößt auf Ablehnung: Wenn ein Einzelunternehmen den Konkurrenten der gleichen Branche Marktanteile abnehmen will, können die Beschäftigten zu unbezahlter Mehrarbeit verpflichtet werden. In einem solchen Fall wäre eine Arbeitszeit von insgesamt bis zu 60 Stunden pro Woche möglich, so will es das geplante Gesetz. Die Beschäftigten würden so gezwungen, mehr zu arbeiten und dadurch Arbeitsplätze bei der Konkurrenz zu vernichten.

Quelle: <https://www.gew.de>, 13.7.2016

Schweiz: Schutz statt Ausbeutung in Privathaushalten

Die Seniorenbetreuung ist sowohl gesamtwirtschaftlich als auch innerhalb der Unia (Dienstleistungsgewerkschaft) eine rasant wachsende Branche. Viele Seniorenbetreuer werden ausgebeutet und wie moderne Sklaven und Sklavinnen behandelt. Um dem

entgegenzuwirken, lanciert die Unia eine nationale Informationskampagne für Seniorenbetreuer. Am 17. Juli lanciert die Gewerkschaft Unia gemeinsam mit ihrer mittel- und osteuropäischen Gruppe von Care-Migranten und Seniorenbetreuern die nationale Informationskampagne. Im Rahmen der Kampagne publizierte die Unia die Broschüre „Meine Rechte in der Senior/innenbetreuung“ auf Deutsch, Französisch, Italienisch und Polnisch. Sie verteilt diese Broschüren u.a. nach katholischen Gottesdiensten und über soziale Medien. Weitere Informationsvorträge, Verteilaktionen (u.a. vor Kirchen und Firmensitzen) sind geplant. Über 10 000 Seniorenbetreuer aus gewinnorientierten Agenturen und privaten Spitex-Betrieben unterstehen spätestens seit 1. Mai 2016 dem GAV (Tarifvertrag) Personalverleih und genießen damit einen zusätzlichen Schutz: Damit steht ihnen ein Mindestlohn, Weiterbildung und weitere Vorteile zu. Nebst den Angestellten von Agenturen und privaten Spitex-Betrieben existieren aber nach wie vor viele Seniorenbetreuer, die direkt in Privathaushalten angestellt sind. Für diese gilt das Arbeitsgesetz nicht, sondern nur das OR und der nationale respektive ein kantonaler Normalarbeitsvertrag (NAV). Daher brauchen sie einen zusätzlichen Schutz. Alle Seniorenbetreuer müssen dem Arbeitsgesetz unterstellt werden und die Kontrollen massiv verschärft werden.

Quelle: <http://www.unia.ch>, 11.7.2016

Österreich: Sobotkas Ziel mehr Armut

„Das einzige Ziel von Wolfgang Sobotka (Innenminister) scheint zu sein, mehr Armut zu schaffen und dann den Menschen das Leben schwer zu machen, wo es nur geht“, sagt Bernhard Achitz, Leitender Sekretär des ÖGB, anlässlich der Mindestsicherungs-Kürzungspläne und der Hartz-

IV-Phantasien des Innenministers. „Denjenigen, die eh nichts haben, noch ein bisserl was wegnehmen, nützt aber gar nichts, wenn es um Armutsbekämpfung und Arbeitsplatzschaffung geht“, so Achitz. „Die Mindestsicherung muss das letzte Netz gegen Armut bleiben. Kürzungen und Deckelungen kommen nicht in Frage“, sagt Achitz. Auch das Argument, dass es sich für die BezieherInnen nicht auszahlen würde, arbeiten zu gehen, weil der Abstand zwischen Mindestsicherung und Erwerbseinkommen zu gering wären, ist haltlos. Zum von Sobotka erwähnten Beispiel Supermarkt: Einer jährlichen Mindestsicherung (inkl. Wohnkostenanteil) von 10.053 Euro steht laut Handels-Kollektivvertrag ein Nettoeinkommen von 16.997 Euro gegenüber. „Dass 6.944 Euro mehr Geld pro Jahr ein ausreichender Anreiz zum Arbeiten sind, sollte auch Sobotka einleuchten“, so Achitz: „Sinnvoll wäre allerdings, Druck auf die Wirtschaft auszuüben, dass sie wieder mehr entsprechende Vollzeitarbeitsplätze anbietet. Die Anreize zur Aufspaltung von Vollzeitarbeitsplätzen in Teilzeitjobs müssen weniger werden.“ Auch die Forderung nach Arbeitspflicht nach dem deutschen Hartz-IV-Beispiel lehnt der ÖGB ab: Hartz IV hat dazu geführt, dass Arbeitslose so gut wie jeden Job annehmen müssen, der ihnen angeboten wird. Deutschland hat mit die strengsten Zumutbarkeitsbestimmungen aller OECD-Länder. Nicht mehr Erhalt des beruflichen Status und des Einkommens sind das Ziel, sondern nur mehr schnelle Unterbringung der Arbeitslosen im ersten besten Job. „Das führt zu Dequalifizierung und sinkenden Einkommen. Nicht zufällig wächst der Niedriglohnsektor in Deutschland laufend an. In Österreich werden wir eine solche Umstellung daher nicht zulassen“, so Achitz. In der aktuellen Situation wären die laufend wiederholten Forderungen nach Sozialkürzungen kontraproduktiv, denn sie würden die Kaufkraft derjenigen schmälern, deren gesamtes Geld direkt in den Konsum fließt. „Aber nicht nur die Umsetzung von Kürzungen, sondern allein schon das andauernde Gerede über Lohnkürzungen, niedrigere Mindestsicherung, Hartz IV und so weiter, kann die Stimmung negativ beeinflussen und den Konsum bremsen. Sozialkürzungen sind konjunkturpolitischer Wahnsinn“, warnt Achitz.

Quelle: <http://www.oegb.at>, 8.7.2016

Schweden: Abkommen für menschenwürdige Arbeit

Gewerkschaften und Sportorganisationen aus Schweden haben ein Abkommen unterzeichnet, das sichere und menschenwürdige Arbeitsbedingun-

gen für sämtliche Arbeitnehmer garantiert, die an Baumaßnahmen für sportliche Großereignisse beteiligt sind. Das Abkommen legt fest, dass in Schweden sämtliche mit Sportereignissen in Zusammenhang stehende Bauarbeiten sowohl den gültigen Tarifvereinbarungen als auch den einschlägigen internationalen Arbeitsnormen und -grundsätzen zu entsprechen haben. Auch die für die Austragung der Veranstaltungen verantwortlichen Organisationen – wie etwa Fifa oder IOC – verpflichten sich zur Förderung menschenwürdiger Arbeit und der Gewerkschaftsrechte im Rahmen ihrer Veranstaltungen. Zudem wurde festgelegt, dass menschenwürdige Arbeitsbedingungen auch bei der Herstellung von Sportbekleidung und -ausrüstung zu fördern ist. So werden die Unterzeichner des Abkommens dazu aufgefordert, sich nachdrücklich für den Abschluss von internationalen Rahmenabkommen mit den Lieferanten einzusetzen. Das Abkommen wurde von neun Gewerkschaften und Sportorganisationen unterzeichnet. Dazu gehören die schwedische BHI-Mitgliedsgewerkschaft Byggnads, der schwedische Gewerkschaftsverband LO, der Schwedische Fußballverband sowie das Olympische Komitee.

Quelle: <http://www.bwint.org>, 4.7.2016

Türkei: Bergarbeiterprotest gegen Privatisierung

Tausende von Bergleuten, Politikern, NGOs und Gemeinden demonstrierten am 14.7. gegen die Regierung, die die Steinkohlegruben in der Zonguldak-Region zu privatisieren versucht bzw. sie schließen will. Die Kundgebung wurde von IndustriALL Affiliate organisiert, der Allgemeinen Bergarbeiter Union (Genel Maden-Is), die Steinkohlebergleute in der Region vertritt. Bereits Ende Juni protestierten Bergleute im Zentrum von Zonguldak gegen eine Studie der Regierung, die die Privatisierung und mögliche Schließung der türkischen Steinkohle-Agentur (TTK) empfohlen hatte. Der TTK ist zuständig für die staatlichen Steinkohlenbergwerke in der Türkei. Im Bergbau sind mehr als 5.500 Bergleute beschäftigt. Zonguldak ist die türkische Hauptstadt des Steinkohlesektors, dem wichtigsten Wirtschaftszweig in der Nord-West Schwarzmeerregion. Nach der Ankündigung schickte die türkische Agentur für Privatisierung, betrieben vom Büro des Premierministers, einen Brief an die Verwaltung von TTK mit der Aufforderung, eine Bestandsaufnahme seines Vermögens zu schicken, mit besonderem Augenmerk auf Karadon in der Region Zonguldak. Dies wird von der Gewerkschaft Genel Maden-Is als klares Zeichen der bevorstehenden Privatisierung und Schließung der Karadon Mine gewertet. „Wir

werden das nie erlauben“, sagte Ahmet Demirci, General President von Genel Maden-Is. „Wir werden alles tun, was in unserer Macht steht, diesen Unsinn zu stoppen, TTK kann nicht privatisiert werden.“ Im Bereich Zonguldak gibt es drei Hauptreviere, nämlich Alacaagzi, Kozlu und Karadon. Diese Reviere sind bekannt für tödliche Unfälle im Bergbau und Berichte sagen, dass rund 5.000 Bergleute ihr Leben in Zonguldak verloren haben. Die jüngsten Todesfälle waren im Januar 2013 mit acht Toten, und im Mai 2010 mit 30 Todesfällen. Die größte Zahl der Todesfälle ereignete sich im Jahr 1992 in Kozlu, als 263 Bergleute getötet wurden. „In der Türkei bedeutet Zonguldak Kohlemine und Kohlemine bedeutet Zonguldak“, sagte Kemal Özkan, stellvertretender Generalsekretär von Global Union. „Versuche, die Minen zu schließen würde Zonguldak in eine Geisterstadt verwandeln.“

Quelle: www.industrialall-union.org, 14.7.2016

Südkorea: Schluss mit den Angriffen auf Gewerkschaften

Am 2. Juni wurden 15 Mitglieder der Kranführersektion der koreanischen Bauarbeitergewerkschaft KCWU, die sich vor einiger Zeit an Tarifverhandlungen beteiligt hatten, der „Erpressung“ sowie der „Behinderung der Geschäftstätigkeit“ schuldig gesprochen. Die KCWU gehört dem südkoreanischen Gewerkschaftsverband der Bauarbeiter KFCITU an, der wiederum Mitgliedsorganisation der BHI (Bau- und Holzarbeiter Internationale) ist. Zwei Gewerkschaftsführer erhielten Freiheitsstrafen zwischen zwei und drei Jahren, während die anderen 13 Mitglieder, die derselben Vergehen beschuldigt worden waren, zu zwischen acht bis achtzehn Monaten auf Bewährung verurteilt wurden. Die gegen die Gewerkschaftler angestrenzten Klagen sind eindeutig politisch motiviert und stellen einen Versuch der Regierung dar, die südkoreanische Gewerkschaftsbewegung zu untergraben. Sie richten sich zudem gegen die KCWU, in der mehr als 90 Prozent der Kranführer des Landes organisiert sind. „Die Polizei geht nun absichtlich gegen die Kranführer vor, da sie wissen, dass wir gut organisiert sind. Sie sehen ganz normale Gewerkschaftsaktivitäten als Bedrohung der öffentlichen Sicherheit an und behandeln uns wie Terroristen. Dabei wollen wir doch nur menschenwürdige Arbeit mit sicheren Arbeitsbedingungen“, erklärt Lim Chae Seop, amtierender Präsident der Kranführersektion der koreanischen Bauarbeitergewerkschaft KCWU. Die Kranführer werden beschuldigt, ihre Arbeitgeber mit ihrer Forderung nach menschenwürdigen Arbeitsbedingungen sowie der Rekrutierung neuer Ge-

werkschaftsmitglieder in einem Kranunternehmen „erpresst“ zu haben. In der Kranführerbranche verlieren täglich ein bis zwei Arbeitnehmer bei Arbeitsunfällen ihr Leben. Diese Unfälle sind auf unsichere Arbeitsbedingungen sowie auf unübersichtliche Subunternehmerstrukturen zurückzuführen. Kürzlich wurde Han Sang-gyun, Präsident des koreanischen Gewerkschaftsdachverbandes KCTU, zu einer fünfjährigen Haftstrafe verurteilt, da er mehrere friedliche Kundgebungen gegen die Reform der Arbeitsgesetzgebung organisiert hatte. Würden diese Reformen umgesetzt, hätten es die Unternehmen leichter, ihre Arbeitnehmer zu entlassen. Zudem richteten sich die von Han Sang-gyun organisierten Kundgebungen gegen die Versuche der Regierung, die Rede- und Pressefreiheit einzuschränken.

Quelle: <http://www.bwint.org>, 14.7.2016

Kambodscha: Streik in Schuhfabrik

Mehr als 300 Arbeiter aus dem Aero Summit Schuhfabrik in Sampov Loun, Bezirk Battambang, versammelten sich am 11.7. in Battambang vor dem Rathaus zum Protest, nachdem ein Elf-Tage-Streik zu keiner Lösung geführt hat. Ein Brief der Demonstranten an die Provinzbehörden fordert die Anerkennung der befristet Beschäftigten als Festangestellte nach drei Monaten Probezeit. Das würde Zulagen und Krankenversicherung und andere grundlegende Vorteile für die Arbeiter bedeuten. Sum Rorng, Präsident der Union Föderation für die Arbeitssicherheit führte aus, dass, obwohl die Landesbehörden zugesagt haben Vereinbarungen zu schließen, bisher keine Lösung vorliegt. Die örtlichen Behörden warten auf Antwort aus dem Ministerium für Arbeit, erklärte Chea Sambath, der Gouverneur der Sampov Loun Bezirk. „Wir haben die Beschwerden erhalten. Wir arbeiten daran, eine Lösung zu finden.“

<http://www.phnompenhpost.com>, 12.7.2016

China: Walmartbeschäftigte gegen Arbeitszeitdiktat

Der US-Einzelhandelskonzern Walmart versucht seit Mai dieses Jahres, seinen etwa 100.000 Beschäftigten in 433 Geschäften und Einrichtungen in China ein neues System der Arbeitszeit aufzuzwingen: 174 Stunden Arbeit im Monat, eingeteilt in absoluter Willkür durch die jeweilige Ladenleitung. Was in der Arbeitsgesetzgebung der VR China vorgesehen ist für Unternehmen mit eindeutigen saisonalen Höhepunkten, wozu die Kette ohne Zweifel nicht gehört. Ein Teil der Belegschaft einer Niederlassung in Nanchang im Südosten des Landes ist daraufhin am 1. Juli in den Streik getreten. Bereits am

Vortrag hatte es innerhalb einer anderen Niederlassung in Shenzen eine Demonstration eines Teils der dortigen Belegschaft gegeben. In dem Beitrag „In China, Walmart Retail Workers Walk Out over Unfair Scheduling“ von Kevin Lin wird auch ausführlich über Versuche der Walmart-Belegschaften berichtet, sich zu koordinieren, sowohl über soziale Medien als auch etwa über die bereits früher – 2014 – gebildete „Walmart Chinese Workers' Association“. Die Vereinigung hat auch den Gewerkschaftsbund aufgefordert, den Widerstand zu unterstützen.

Quelle: <http://labornotes.org>, 1.7.2016

Bolivien: Konflikte nach Fabrik-schließung

Am 17. Mai ordnete die bolivianische Regierung die Schließung der staatlichen Textilfirma Entax an, die zu diesem Zeitpunkt rund 1000 Arbeiter beschäftigte. Die meisten von ihnen ließen sich ihre Abfindung auszahlen, jedoch bestanden 180 Arbeiter auf eine Weiterbeschäftigung. Der COB unterstützte dieses Anliegen und rief in den vergangenen Wochen zu drei landesweiten Streiks auf. Schätzungen zufolge verursachte jeder Streiktag einen wirtschaftlichen Schaden von 80 Millionen Bolivianos (rund zehn Millionen Euro) und brachte 16 Prozent der bolivianischen Produktionsindustrie zum Stillstand. Federico Díez de Medina, ein leitender Regierungsangestellter im Produktionssektor, sprach in diesem Zusammenhang auf einer Pressekonferenz von einem unwiederbringlichen Schaden. Im Zuge der aufgenommenen Gespräche mit der COB erließ Präsident Morales inzwischen zwei Dekrete, die die Rechte der Arbeiter schützen und dafür sorgen sollen, dass sowohl öffentliche als auch private Firmen künftig nicht mehr per Regierungsanweisung geschlossen und dessen Mitarbeiter fristlos gekündigt werden können. Durch die Dekrete wurden außerdem einige rechtliche Auflagen außer Kraft gesetzt, um so die Übernahme der 180 Arbeiter durch Senatex zu vereinfachen. Die zentrale Forderung der COB, die Übernahme der 180 Arbeiter unter explizitem Schutz des Arbeitsgesetzes (Ley General de Trabajo), durch das die Arbeiter finanzielle Vorteile und mehr rechtliche Sicherheiten genießen, wurde in den Gesprächen zwischen COB und Regierung bislang allerdings nicht thematisiert. Die Regierung weist diese Forderung aus Kostengründen zurück. „Natürlich könnte man es auf einen Versuch ankommen lassen, aber wenn das Unternehmen keine Gewinne abwirft, drohen erneute Entlassungen und am Ende unter Umständen wieder eine Schließung. Unsere staatlichen Unternehmen müssen Gewinne

abwerfen“, mahnte Präsident Morales. Der Verband droht für den Fall, dass es zu keiner Einigung kommen sollte, mit weiteren Streikaufrufen. Am 11.7. wurden die Gespräche fortgesetzt.

Quelle: <https://amerika21.de>, 13.7.2016

Uruguay: Generalstreik

Mehr als 1 Million Menschen, in einem Land von 3,2 Millionen, folgten dem Aufruf zum Generalstreik von Uruguays PIT-CNT Gewerkschaftsverband. Nach einer Kundgebung in Montevideo sagte Generalsekretär Abdala des PIT-CNT Gewerkschaftsverbandes Reportern, er gehe davon aus, dass der Arbeitskampf am 14. Juli umfangreicher war als der Streik am 6. August 2015, bei dem damals der Gewerkschaftsbund PIT-CNT mit einem 24-stündigen Ausstand den Druck auf die Regierung verstärken wollte, den Forderungen der Beschäftigten vor allem nach höheren Löhnen und mehr Investitionen im Bildungsbereich nachzukommen. Vom Streik betroffen waren „so gut wie alle Arbeitsaktivitäten im Land und Aktivitäten in der Industrie, dem Baubereich, der Regierung und öffentlichen Ämtern, Bildung, Häfen und Transport“, sagte Abdala. Nach einer vierstündigen Arbeitsniederlegung am 29. Juli rief PIT-CNT zu einem 24-Stunden-Streik auf, um den Forderungen nach Änderung insbesondere der Lohnskalen Nachdruck zu verleihen und die Gehälter an die Inflation anzugleichen. Die Gewerkschaften wollen, dass die Löhne jedes Jahr an die Inflation angepasst werden und nicht alle zwei Jahre, wie es die Regierung vorschlägt. „Wenn wir keine Lösung finden, wird es umfangreiche Konflikte geben, da die Gewerkschaften weitere Streiks vorbereiten“, sagte Pereira.

Quelle: www.efe.com, 14.7.2016

Mexiko: Konflikt um die Bildungsreform

Vertreter der unabhängigen Lehrergewerkschaft (CNTE) haben sich erneut mit Mexikos Innenminister Miguel Osorio Chong getroffen, um eine Lösung für den Konflikt um die Bildungsreform zu finden. Familienangehörige der Opfer des gewaltsamen Polizeieinsatzes gegen die protestierenden Lehrer und Einwohner der Gemeinde Nochtixtlán im Bundesstaat Oaxaca am 19. Juni waren ebenfalls anwesend. Dabei waren mindestens zehn Menschen getötet und 60 durch Schusswaffen verletzt worden. Die Ereignisse von Nochtixtlán waren das Hauptthema dieser sieben Stunden dauernden Zusammenkunft. Die Regierung verpflichtete sich, den Polizeieinsatz zu untersuchen und Ermittlungen einzuleiten, die Angehörigen der Opfer zu entschädigen und medizinische Ver-

sorgung für die Verletzten zu gewährleisten. „Wir sind mit den Ergebnissen des Treffens in Bezug auf Nochtixtlán zufrieden“, sagte der Lehrer Alfredo Alejandro Gómez am Ende der Sitzung. Die Regierung verlangt nach wie vor eine grundsätzliche Akzeptanz der Bildungsreform als Voraussetzung, um den Dialog mit den protestierenden Lehrern fortzusetzen. Die CNTE dagegen wiederholte ihre Forderungen: Die Rücknahme der von der Regierung eingeleiteten Bildungsreform; eine landesweite Debatte über die Bildung, an der sich Eltern, Lehrkräfte, Akademiker, Schüler, Pädagogen und Intellektuelle beteiligen; die Freilassung der inhaftierten Lehrer. Mittlerweile haben sich die Proteste und die Solidarität mit den Lehrern im ganzen Land ausgebreitet. In der Hauptstadt Mexiko-Stadt haben sich 267 Schulen dem Streik angeschlossen. Allein am Donnerstag gab es vier große Demonstrationen, bei denen 30 der wichtigsten Straßen der Hauptstadt stundenlang blockiert waren. Weitere soziale Organisationen, unter anderem von LKW-Fahrern, Tagelöhnern, Mitarbeitern des Gesundheitswesens sowie Akademiker der wichtigsten Universitäten und Hochschulen des Landes haben sich mit den Protestaktionen solidarisiert. Die Gemeinden der Region Mixe im Bundesstaat Oaxaca haben entschieden, die Durchfahrt von LKWs mit Produkten der Unternehmen Coca-Cola, Sabritas und Grupo Bimbo – einer der weltweit größten Lebensmittelproduzenten – zu verhindern. Damit protestieren sie gegen das Massaker von Nochtixtlán, aber auch gegen Falschmeldungen, dass in der Region aufgrund der Straßenblockaden der Lehrer ein Lebensmittelnotstand herrsche. Diese Meldungen hatten die privaten Medien Televisa und TV Azteca verbreitet. Unterdessen hat eine Gruppe von Abgeordneten des Europäischen Parlaments in einem offenen Brief an die mexikanischen Behörden und die Europäische Union (EU) die „Welle der Gewalt“ gegen die streikenden Lehrer und ihre Unterstützer verurteilt. Die Parlamentarier fordern die sofortige „Aussetzung der Erneuerung des Allgemeinen Abkommens EU-Mexiko“. Die Regierung von Präsident Enrique Peña Nieto müsse die Repression gegen die Protestierenden stoppen, die Verantwortlichen für Polizeigewalt zur Rechenschaft ziehen und eine friedliche Lösung des Konflikts um die Bildungsreform ermöglichen, heißt es in dem Schreiben vom 8. Juli. Unter den Unterzeichnern ist auch die außen- und menschenrechtspolitische Sprecherin der Fraktion der Grünen / Freie Europäische Allianz, Barbara Lochbihler aus Deutschland.

Quelle: <https://amerika21.de>, 10.7.2016

70 000 Berliner/innen fordern verbindliche, machbare und faire Volksentscheide!

BERLIN. Am 7. Juli 2016 hat die Initiative „Volksentscheid retten!“, zu der auch Mehr Demokratie gehört, über 70 000 Unterschriften für ein Volksbegehren zur Änderung der Berliner Landesverfassung an die Senatsverwaltung für Inneres und Sport übergeben. Damit ist die Sammlung in der ersten Stufe bereits nach zwei Monaten erfolgreich abgeschlossen worden! Zu den wesentlichen Zielen des Volksbegehrens gehört es, unnötige Hürden abzubauen, die Verfahren klarer zu regeln und Volksentscheide stärker zu schützen. Die Initiative „Volksentscheid retten!“ will unter anderem durch ein sogenanntes fakultatives Referendum sicherstellen, dass die Bürger/innen das letzte Wort haben, wenn ein im Volksentscheid beschlossenes Gesetz wieder geändert wird. Weiterhin sieht der Gesetzentwurf vor, dass Wahlen und Abstimmungen zwingend zusammengelegt werden müssen, es sei denn, eine Initiative besteht auf einem separaten Abstimmungstermin. Das Zustimmungsquorum soll moderat gesenkt werden von 25 Prozent der Wahlberechtigten auf 20 Prozent bei einfachen Gesetzen und von 50 Prozent auf 35 Prozent bei verfassungsändernden Gesetzen. www.mehr-demokratie.de/

Unterfinanziert!

BERLIN. Angesichts der Verabschiedung des Haushaltentwurfes für 2017 begrüßt Venro die zusätzlichen Mittel im BMZ-Etat, kritisiert aber die geplanten Kürzungen in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit und die Schwerpunktsetzung auf „Fluchtursachenbekämpfung“.

„In Anbetracht der immensen globalen Herausforderungen ist der Anstieg des BMZ-Etats nur folgerichtig“, sagt Dr. Bernd Bornhorst, Vorstandsvorsitzender von Venro. „Wir erwarten aber mehr, gerade in Zeiten, in denen die Haushaltslage so gut ist.“ Um einen deutlichen Beitrag zur Bekämpfung von Armut und Ungerechtigkeit weltweit leisten zu können, müsse Deutschland wesentlich mehr Mittel investieren.

„Die Welt um uns herum ist an vielen Stellen in Unruhe und dies betrifft auch uns immer direkter. Eine gerechtere Gestaltung der Globalisierung ist zwingend erforderlich, aber das ist nicht durch immer mehr militärische Interventionen zu erreichen, sondern durch kohärente Politikansätze und eine starke Entwicklungspolitik.“ Dies müsse auch durch eine bedeutende quantitative und qualitative Aufwertung des zuständigen Ministeriums deutlich werden.

„Es ist skandalös, dass die Mittel für

entwicklungspolitische Bildungsarbeit um zwei Millionen auf 33 Millionen Euro gekürzt werden sollen“, so Bernd Bornhorst. „Mit der Verabschiedung der Agenda 2030 hat auch Deutschland sich zu einem Wandel zu einer nachhaltigen Gesellschaft bekannt. Entwicklungspolitische Bildungsarbeit ist dafür ein Schlüssel.“ venro.org/home/

Scheitern auf ganzer Linie

HAMBURG. Die Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe ist gescheitert. Nicht weniger als ein „belastbarer nationaler Lösungsansatz“ für die möglichst sichere Lagerung radioaktiver Abfälle sollte gefunden und ein „breiter gesellschaftlichen Diskurs“ organisiert werden. Zwei Jahre später steht man vor einem Scherbenhaufen. Der einzige Umweltverband, der sich an der Kommission beteiligt hat, lehnt den Bericht ab, der breite gesellschaftliche Diskurs fiel wegen Zeitproblemen aus und die Bundesländer Bayern und Sachsen kündigen ihren Widerstand gegen die Untersuchung kristalliner Gesteinsinformationen an.

„Das Verhalten von Bayern und Sachsen spricht eine klare Sprache: Am Ende des angeblichen „Suchprozesses“ soll Gorleben stehen“, erklärt Martin Donat, Vorsitzender der BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg. Dies zeigte sich auch bei der Erstellung der angeblich wissenschaftlich-objektiven Kriterien in der Kommission. Hier wurde die Hürde aufgestellt, dass keines dieser Kriterien zu einem automatischen Ausschluss des Salzstockes Gorleben führen dürfe. Martin Donat: „Damit wurde jedoch die Monstranz der Ergebnisoffenheit, die die Kommission vor sich hergetragen hat, genau in ihr Gegenteil verkehrt. Wenn kein Kriterium Gorleben ausschließen darf, so begünstigen sie eine letztendliche Standortentscheidung für Gorleben.“

Thomas Erbe, Vorstand der Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad: „Wir haben immer gefordert, dass ein Neuanfang der Debatte um Atommüll alle Arten radioaktiver Abfälle einbeziehen müsse und die Realität hat uns Recht gegeben“ Politik und Kommission haben dies mit dem Hinweis auf das planfestgestellte Atommülllager Schacht Konrad verweigert. Doch im Zuge Erstellung des Nationalen Entsorgungsprogramms wurde klar, dass das Zwei-Endlager-Konzept (Schacht Konrad plus einen Standort für insbesondere hoch radioaktive Abfälle) nicht länger aufrecht zu erhalten ist. Thomas Erbe: „Die Kommission hat einfach die Scheuklappen aufgelassen. Das ist aber weder politisch noch wissenschaftlich vernünftig. Solange es keine Entscheidung über das Konzept für die Lagerung aller Arten radioaktiver Abfälle gibt, macht eine Standort-

suche für einen Teil der Abfälle einfach keinen Sinn.“

„Nach den Plänen der Kommission werden die betroffenen Bürgerinnen und Bürger auch zukünftig keine Mitbestimmungsrechte haben. Die vorgeschlagenen Beteiligungs-Formate sind Sandkasten-Spiele ohne tatsächliche Ergebniswirksamkeit. So provoziert man Protest, so organisiert man die Eskalation von Konflikten“, erklärt Jochen Stay von „ausgestrahlt“. „Die Kommission hat aus der Geschichte von Gorleben nichts gelernt. Der angekündigte Neustart ist in Wahrheit ein Griff in die Trickkiste der Vergangenheit. Bürgerbeteiligung wird versprochen, ohne sie wirklich zu wollen und zu organisieren.“

Im Kern kann es jetzt nicht um die Auswahl eines oder mehrerer neuer Standorte gehen, sondern um den Beginn einer offenen gesellschaftlichen Auseinandersetzung um den sicheren Umgang mit Atommüll und dessen einstweilig letzten Verbleib. Dies geht nicht ohne entscheidungsrelevante Rechte der Bevölkerung. Die Kommission jedenfalls hat bei der Organisation eines breiten gesellschaftlichen Diskurses auf ganzer Linie versagt.

www.ausgestrahlt.de/

Alleinerziehende in Armut: Unterhaltsvorschlusses reformieren!

BERLIN. Umfassende Maßnahmen zur besseren Unterstützung und materiellen Absicherung Alleinerziehender und ihrer Kinder fordert der Paritätische Wohlfahrtsverband anlässlich einer aktuellen Studie der Bertelsmann-Stiftung zur wachsenden Armut Alleinerziehender. Notwendig seien eine grundlegende Reform des Unterhaltsvorschlusses, gezielte Angebote für Alleinerziehende zur Qualifizierung, Beschäftigungsförderung und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, so der Verband.

„Ein Kind alleine großzuziehen gehört nach wie vor zu den größten Armutsrisiken in Deutschland und zwar unabhängig vom Wohnort und dem konkreten wirtschaftlichen Umfeld. Die Armutsquote Alleinerziehender und ihrer Kinder steigt seit Jahren an und liegt bei mittlerweile 42 Prozent und das, obwohl die Mehrheit der Alleinerziehenden durchaus erwerbstätig ist“, erklärt Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes. „Es ist höchste Zeit, gerade für diese Familien mehr zu tun, den betroffenen Kindern und ihre Eltern aus der Armut zu helfen und ihnen eine Perspektive zu geben“, fordert Schneider. Zentraler Hebel sei eine Reform des Unterhaltsvorschlusses, der beantragt werden könne, wenn der unterhaltspflichtige Elternteil nachweislich nicht für den Unterhalt aufkomme.

In der Praxis gehe dieser im Moment weitgehend an den Lebensrealitäten Alleinerziehender vorbei. Nach der Bertelsmann-Studie erhielten aktuell 50 Prozent der Kinder Alleinerziehender überhaupt keinen Unterhalt. Der Paritätische kündigt an, dass die Armut Alleinerziehender eines der zentralen Themen auf dem anstehenden Armutskongress sein wird, der am 7. und 8. Juli 2016 in Berlin stattfindet.

www.der-paritaetische.de/



Weißbuch der Bundesregierung ist Konfrontation und Kriegsvorbereitung

BERLIN. Die „Kooperation für den Frieden“, ein Zusammenschluss von mehr als 60 Organisationen und Initiativen aus der Friedensbewegung, legt mit den „Friedenspolitischen Forderungen und Perspektiven“ eine Alternative zum Weißbuch der Bundesregierung zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr vor. Die Kooperation lehnt das Weißbuch als Dokument der Aufrüstung ab. Die Sicherheits- und Rüstungspolitik der Bundesregierung, die im Weißbuch dargestellt wird, ist

- friedensgefährdend und konfrontativ, besonders gegenüber Russland,
- eine Politik der weiteren dramatischen Aufrüstung und der Beschaffung von neuen Waffen,
- weltweite interventionistische Politik und eine Fortsetzung der Auslandseinsätze der Bundeswehr,
- schleichende Militarisierung im Innern und eine Militarisierung Europas,
- die Fortsetzung eines hemmungslosen Rüstungsexports.

Diese Politik ist nicht alternativlos. Die „Kooperation für den Frieden“ fordert einen Paradigmenwechsel – Sicherheitspolitik muss sich der Friedenspolitik unterordnen.

Friedenspolitik muss sich orientieren:

- am absoluten Primat des Friedens und einer Absage an Krieg,
- an einer Politik der umfassenden Abrüstung, die im eigenen Land beginnt,
- an der Abschaffung aller Atomwaffen,
- an den Grundsätzen der zivilen Konfliktbearbeitung. Zivile Konflikttransformation muss das Leitmotiv der Außenpolitik werden,
- am Völkerrecht und an internationaler Gerechtigkeit.

Friedenspolitische Alternativen können nur in einem Ringen um soziale Demokratie, Menschenrechte und ökologische Nachhaltigkeit realisiert werden. Sie verlangen die Wiederbelebung einer Entspannungspolitik, weltweite inklusive Friedensstrukturen und die Überwindung der Militärblöcke, besonders der Nato.

Friedenspolitik, die auf positiven friedlichen Alternativen zur herrschenden

Politik basiert, ist möglich, realistisch und sinnvoll. In einer Zeit von Kriegen, Krisen und grundlegenden Veränderungen, können diese Ideen und erprobte Alternativen Menschen begeistern und in Aktion versetzen. Angeknüpft werden kann dabei an die militärkritische Grundstimmung in der Bevölkerung, die Kriegeinsätzen aufgrund der Erfahrungen aus zwei Weltkriegen skeptisch gegenübersteht.

Frieden braucht Bewegung. Deshalb unterstützt die Kooperation für den Frieden die bundesweite Demonstration der Friedensbewegung am 8.10.2016 in Berlin.

www.ialana.de

Politik der nuklearen Abschreckung ist eine Provokation

BERLIN. Zeitgleich zum heutigen Beginn des Nato-Gipfels in Warschau jährt sich das Rechtsgutachten zu Atomwaffen des Internationalen Gerichtshofes (IGH) zum 20. Mal. Am 8. Juli 1996 verkündete der IGH, dass die Androhung des Einsatzes und der Einsatz von Atomwaffen grundsätzlich gegen das Völkerrecht verstoßen. Die ärztliche Friedensorganisation warnt anlässlich des Jahrestages vor einem Rückfall in die nukleare Eskalationspolitik des „Kalten Krieges“ und ruft erneut zu einem weltweiten Verbot aller Atomwaffen auf. Die Bundesregierung solle die völkerrechtswidrige Stationierung von Atomwaffen in Deutschland beenden und sich für einen Prozess für ein Atomwaffenverbot einsetzen, so die Ärzteorganisation. In 200 Städten Deutschlands werden die BürgermeisterInnen heute Flaggen der „Mayors for Peace“ vor ihren Rathäusern hissen, um für die Abschaffung von Atomwaffen zu werben. Sie berufen sich auf eine von der IPPNW beauftragten Forsa-Umfrage, wonach sich 93 % der BundesbürgerInnen für ein völkerrechtliches Verbot der Atomwaffen aussprechen. Weitere 85 % der befragten Erwachsenen befürworteten zudem einen Abzug der auf deutschem Boden gelagerten US-Atomwaffen.

www.ippnw.de

Deutsche Rüstungsexporte haben sich fast verdoppelt.

FREIBURG. Die Staats- und Regierungschefs der 28 Nato-Staaten wollen auf dem Gipfel in Warschau die Aufrüstungspläne für Osteuropa beschließen. Teil dieser zusätzlichen Abschreckungsmaßnahme gegen Russland ist auch die Verlegung multinationaler Streitkräfte nach Litauen. Lettland, Estland und Polen. Besonders diese östlichen Nato-Staaten fühlen sich nach der Annexion der Krim von Russland bedroht. Die Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen verteidigte diese Strategie. Die deutschen Soldaten sollen ein Bataillon in Litau-

en führen. Drei weitere auch mit 1000 Soldaten ausgestattete Bataillone sollen in den anderen drei Ländern entstehen. Diese Doppelstrategie des Bündnisses gegenüber Russland müsse „ganz konsequent und ruhig und nüchtern“ aufrecht erhalten werden, sagt sie dem ZDF. Wichtig sei, dass die Nato sich so stark aufstelle, um klar zu machen, dass sich niemand einen Vorteil davon versprechen könne, dieses Militärbündnis anzugreifen. Aus dieser Position der Stärke heraus müsse man dann im Dialog mit Russland bleiben. Der Bundeswehrverband sieht in den Beschlüssen des in Warschau tagenden Nato-Gipfels eine Zeitenwende für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik, damit übernehme man eine neue Rolle, meint der Verbandschef Wüstner. „Die Ära der Scheckbuche-Diplomatie und der vornehmen Zurückhaltung ist jetzt endgültig vorbei“, meinte der Verbandschef André Wüstner schon vor dem Gipfel. „Ab jetzt, von diesem Wochenende an, ist Deutschland in seiner neuen Rolle als Ordnungs- und Gestaltungsmacht in Europa.“ Das bedeute, dass mehr Geld für die Streitkräfte in die Hand genommen werden müsse.

www.rib-ev.de/

Primark – nein Danke! Bonner Bündnis gegen Wegwerf-Mode-Markt am Hauptbahnhof

BONN. Die Katze ist aus dem Sack. Hauptmieter des geplanten Einkaufszentrums am Hauptbahnhof soll der Billigklamottenkonzern Primark werden. Die Kette steht für das Gegenteil von nachhaltigem Konsum: Kaufen – Anziehen – Wegwerfen! Und sie ist wegen unmenschlicher Arbeitsbedingungen in ihren Zulieferbetrieben in die Schlagzeilen geraten. Zahlreiche Bonner Organisationen unterstützen die Kampagne: Kein Primark am Hauptbahnhof! Der Zuschlag für Primark hatte im Internet eine Welle der Empörung ausgelöst. So erreichte der Artikel darüber von Daniela Baum, Vertreterin der Organisation Bonn im Wandel, über die sozialen Medien in wenigen Tagen über 20 000 Aufrufe und zahlreiche zustimmende Kommentare. Am 30. Juni 2016 will der Bonner Stadtrat über den Umbau des Bahnhofsvorplatzes entscheiden. Den Zuschlag für die sogenannte Südüberbauung soll der holländische Investor Ten Brinke erhalten. Primark ist sein Hauptmieter. Von insgesamt 12 000 Quadratmetern würden 9500 an die irische Kleiderkette gehen – alle oberirdischen Stockwerke. In einem offenen Brief fordern Bonn im Wandel und Femnet den Bonner Stadtrat auf, seine Entscheidung zu überdenken und sich auf eine wirklich zukunftsweisende und faire Stadtplanung zu besinnen.

www.saubere-kleidung.de

Mannheim: Windräder im Käfer- taler Wald?

Diese Fragestellung stand im Hauptausschuss am 12. Juli zur Vorberatung für den Gemeinderat am 26. Juli auf der Tagesordnung. Eine Entscheidung fiel nicht – sie wäre 6 zu 6 ausgefallen, wenn abgestimmt worden wäre. Die SPD beantragte deshalb die „Hebung“ in den Gemeinderat. Dort soll dann endgültig entschieden werden.

Die Vorlage V298/2016 empfiehlt folgenden Beschluss:

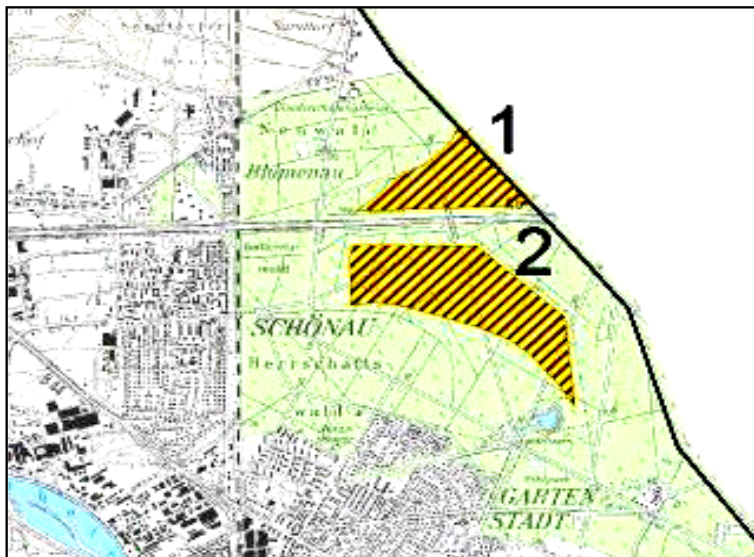
1. Das Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB und der Behörden nach § 4 Abs. 1 BauGB wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Nachbarschaftsverband wird gebeten, das Verfahren zum sachlichen Teilflächennutzungsplan fortzusetzen, um eine regional geordnete Standortsteuerung von Windenergieanlagen abzusichern.
3. Der Gemeinderat spricht sich dafür aus, den Bereich um den Karlstern im Käfertaler Wald aus Gründen der Naherholung nicht für Windenergie zur Verfügung zu stellen. Die Verwaltung wird gebeten darauf hinzuwirken, die Teilflächen südlich der Autobahn möglichst ganz auszuschließen, mindestens aber auf einen schmalen Streifen direkt an der Autobahn zu reduzieren.

Der Beschlussantrag nimmt somit das Ergebnis eines vierjährigen Diskussionsprozesses in Mannheim und in der ganzen Region auf. Insbesondere in den letzten Wochen hatte es noch heftige Diskussionen um die „Konzentrationsflächen“ im Käfertaler Wald gegeben, den letzten in der Prüfung verbliebenen Flächen auf Mannheimer Gemarkung.

Auf dem Planausschnitt sind diese beiden Flächen noch so eingetragen, wie sie der Diskussion zugrunde lagen. Der angestrebte Gemeinderatsbeschluss bezieht sich auf den autobahn-nahen Teil der Fläche 1, notfalls auch der Fläche 2, die sich damit aber nicht so weit in den Süden Richtung Karlstern ausdehnen würde.

Im ganzen Nachbarschaftsverband hat sich die Diskussion ähnlich abgespielt: Die im langwierigen Ausschlussverfahren nach Kriterien wie Vogelschutz, Siedlungsnähe, Naturschutz, Denkmal- und Landschaftsschutz, Flugsicherheit etc. verbliebenen Flächen schmolzen nach der Behörden- und Bürgerbeteiligung auf wenige Kommunen mit geringen Ausweisungsflächen zusammen. Kommt es zu keiner interkommunalen Einigung innerhalb des Nachbarschaftsverbandes über eine Steuerung möglicher Windkraftanlagen-Investitionen, würde letztlich jede Kommune für sich und damit insgesamt planlos handeln.

Die in der AUT-Sitzung vorgetragenen konträren Positionen lassen sich wie folgt zusammenfassen:



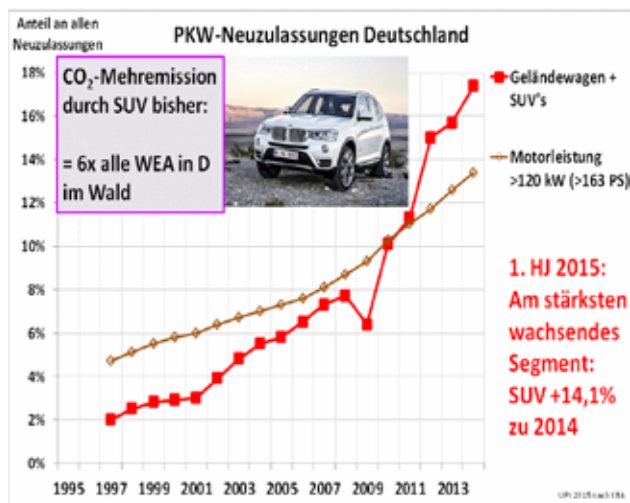
Die Äußerungen von CDU, ML, ALFA und FDP waren teilweise von Skepsis über die Energiewende als solcher getragen, teils aber auch aus einer dezidierten St.-Florians-Position heraus formuliert. Man sei nur der Bürgerschaft in Mannheim verpflichtet, der Nachbarschaftsverband solle in anderen Orten sein Glück versuchen.

Demgegenüber wiesen Grüne, Linke und SPD auf die notwendige Umsetzung des Atomausstiegs und des Kohleausstiegs hin. Man sei mit jeder Energieerzeugungsform in Zielkonflikten gefangen, die man abzuwägen und zu entscheiden habe.

In der Tat fällt der Entschluss nicht leicht. Denn je Windkraftanlage müssen dauerhaft befestigte Straßen und freie Plätze in den Wald geschlagen

werden, damit die Anlagenmonteure sichere Zufahrten und Aufstellungsplätze haben, auch für die Serviceleistungen in den Folgejahren. Längs der Autobahn ist durch Belastungsbündelung und leichtere Wegeherstellung sicherlich eine vertretbare Lösung gefunden. Bürgermeisterin Kubala wies auf die notwendige Solidarität innerhalb des Nachbarschaftsverbandes hin. Man sei in vielen Fragen auf diese angewiesen.

Der erfolgreiche und langwierige Beteiligungsprozess brachte sehr viele beachtenswerte Vorschläge und Einwände hervor, die in den Unterlagen des Nachbarschaftsverbandes alle dokumentiert sind. (http://www.nv-hd-ma.de/fnp/fnp_wind.html). Dass bei der CO₂-Reduzierung die Nutzung generativer Energieerzeugung grundlegend wichtig ist, bezweifelt eigentlich niemand – zumindest, solange es nicht um die eigene Umgebung geht. Dass aber auch in der Reduzierung des Energieverbrauchs noch heftig zu kämpfen ist, insbesondere hinsichtlich der Verbrennungsmotoren, zeigt eine Grafik, die sich in der Stellungnahme des UPI – Umwelt- und Prognose-Institut e.V. – gemeinnütziges Forschungsinstitut Heidelberg, das sich mit der Zunahme der SUV-Automobile befasst:



„Die Grafik zeigt das Hauptwachstumssegment bei den PKW-Neuzulassungen, SUVs und Geländewagen. Allein die dadurch bis heute verursachte Mehremission an CO₂ liegt sechsmal so hoch wie die CO₂-Einsparung durch alle 838 Windenergieanlagen im Wald.“ (Schreiben vom 13.11.2015 zum Regionalplan „Wind“).

Thomas Trüper

CSD-2016

München. Motto: Vielfalt verdient Respekt. Grenzenlos! – Wir dokumentieren das Grußwort von Stadträtin Brigitte Wolf.

Liebe Münchnerinnen, liebe Münchner, liebe queere Community, im Zeichen des Regenbogens kommen Menschen zusammen, arbeiten und feiern miteinander. Sie lieben sich, ziehen Kinder groß, und gestalten die Stadt und das Land politisch mit. Die Idee der uniformierten, gleichgeschalteten Welt hat Staaten und Gesellschaften zu ungeheuerlichen Verbrechen veranlasst – auch heute noch. „Respekt vor der Vielfalt“ ist das gerade Gegenteil zur Idee der Gleichschaltung, egal ob diese völkisch, nationalistisch oder religiös fundamentalistisch begründet wird.

Die kulturelle, politische Bewegung der queeren Community in ihrer ganzen Vielfalt hat sich als demokratische Kraft gegen autoritäre Zumutungen entwickelt, gegen den autoritären Staat, patriarchalisch geordnete Familien oder herrschsüchtige verkommene Religion.

Es war und ist eine zutiefst zivile Bewegung. Sie entstand in der zivilen Gesellschaft, unter Menschen, die sich weigerten, die gesetzlich geforderte Diskriminierung in ihrem eigenen Umfeld mitzutragen. Dieser Einsatz verlangte Mut und Zivilcourage, denn es galt neben dümmlichem Spott auch ernste Nachteile im Berufsleben durchzustehen und veralteten Gesetzen zu trotzen. Schließlich galt es, die Politik zu zivilisieren und neue Gesetze zu schaffen, die auch den Staat zum „Respekt vor der Vielfalt“ verpflichten.

Es hat sich gezeigt, dass diese Bewegung für Demokratie und freies ziviles Leben zum Erfolg führen kann. Davon zeugen die Veränderungen in Gesell-



schaft und Gesetzen. Es zeigt sich heute aber auch, dass diese Erfolge gefährdet bleiben, wenn nicht jede Generation erneut daran arbeitet, die Basis dieser Erfolge zu festigen, den gegenseitigen Respekt.

Politische Bewegungen, die den Irrwegen von Nationalismus und Fundamentalismus folgen, entfalten ihre Propaganda. Sie tragen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in die Gesellschaft und wollen politische Macht, um ihre Irrtümer den Menschen aufzuzwingen. Und es zeigt sich: Wo politische Mächte diesen Weg beschreiten, bereiten sie nicht nur staatlicher Repression den Weg, sie schaffen auch den Boden für Hassverbrechen Einzelner. Die Auseinandersetzung mit den politischen Bewegungen, die dies im Schilde führen, ist grenzenlos im doppelten Sinne:

Einmal global: Die Mächtigen, die Hass und Diskriminierung schüren, müssen weltweit bekämpft werden, sie müssen diese Kritik spüren und vielleicht auch Sanktionen. Da stehen wir nicht auf verlorenem Posten: Auch der

Menschenrechtsrat der UNO hat 2011 einen Beschluss gefasst zur Beendigung der staatlichen Diskriminierung sexueller Minderheiten.

Und lokal: Weil die Verfolgten nicht alleine gute Worte brauchen, sondern konkret Zuflucht und Schutzräume. Und diese werden durch die Asylpolitik von CDU/CSU und SPD massiv gefährdet: Die Festlegung sogenannter „sicherer Herkunftsländer“ gefährdet auch gerade jene, die als Angehörige einer sexuellen Minderheit verfolgt werden. Und auch die Integrations-Verhinderungs-Gesetze kennen mit dem Begriff der „Leitkultur“ gerade keinen Respekt vor der Vielfalt in der Gesellschaft.

Deshalb ist auch dieses Jahr der Christopher-Street-Day als politisches Zeichen so wichtig:

Global denken, und das Unrecht benennen, wo immer es geschieht.

Lokal handeln: Für Solidarität sorgen – im eigenen Umfeld, in München, in der Gesetzgebung in Land und Bund.

Vielfalt verdient Respekt. Grenzenlos!

Hamburg: Linke begrüßt Kompromiss mit der Initiative für Integration (IfI)

Durch den Kompromiss mit der (IfI) konnte ein Volksentscheid über die Unterbringung von Geflüchteten vermieden werden

„Ein Volksentscheid in dieser Frage hätte die Probleme nicht gelöst, sondern die Stadt tief gespalten und Integration verhindert“, sagte dazu in der heutigen Sitzung der Hamburgischen Bürgerschaft Cansu Özdemir, Vorsitzende und sozialpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke. „Es muss aber auch gesagt werden, dass die Unfähigkeit des Bürgermeisters, auf Augenhöhe mit Bürgerinnen zu sprechen, einer der Gründe ist, warum es überhaupt zur Gründung der IfI gekommen ist. Eine frühzeitige Reaktion und echte Bürgerinnenbeteiligung hätten der Stadt und den Beteiligten die Strapazen der letzten Monate erspart.“ Extrem wichtig ist für die Fraktion Die Linke nun die Frage der Finanzierung des Kompromisses. „Das darf nur zum

Nutzen aller Beteiligten und nicht auf Kosten von Beteiligten gehen, sonst wird Hamburg größere Teile der Bevölkerung nicht für die Entwicklung der solidarischen Stadtgesellschaft gewinnen können“, sagte Özdemir. „Deshalb muss die Infrastruktur überall, in allen Stadtteilen gestärkt werden, deshalb müssen die Regelsysteme bedarfsgerecht und sozial ausgewogen ausgestattet werden – für alle Menschen, die hier leben.“ Ablehnen wird die Fraktion Die Linke jedoch die demokratietheoretisch problematischen Bürgerverträge. „Mit einem Änderungsantrag sollen sie als Anlage zur Kenntnis genommen, aber nicht Bestandteil des Bürgerschaftsbeschlusses werden. „Diese Verträge wurden regional verhandelt und sollten auch regional disku-

tiert werden“, begründet dies Christiane Schneider, verfassungspolitische Sprecherin der Fraktion. „Abgesehen davon, dass es in der kurzen Zeit unmöglich war, alle Verträge inhaltlich zu bewerten, bleibt völlig unklar, welche Auswirkungen sie auf den landesweiten Vertrag haben.“ Denn in den „Bürgerverträgen“ ist festgehalten, dass sie gegenüber den landesweiten Vereinbarungen als vorrangig gelten. „Und schließlich handelt es sich bei ihnen laut Senat um politische Vereinbarungen, die notwendige gesonderte Befassungen durch Senat, Bürgerschaft und Verwaltung nicht ersetzen und deshalb auch keiner formalen Beschlussfassung bedürfen.“

www.die-linke-hamburg.de

Zweifel an Polizeistatistik: Mehr Transparenz zu rechten Straftaten! BOCHUM. Im Jahr 2015 ist die Zahl der rechten Gewalttaten in Bochum stark gestiegen. Insgesamt 17 Körperverletzungen, die der Polizei im Jahr 2015 bekannt geworden sind, ordnet sie als „politisch rechts motiviert“ ein. Im Jahr 2014 waren es nur drei. „Die Zahlen sind besorgniserregend“, sagt Gültaze Aksevi, Mitglied der Linksfraktion im Rat. „Wir gehen jedoch davon aus, dass die Statistik längst nicht alle rassistisch motivierten Taten erfasst. Einige der Zahlen sind unglaublich.“ Eine der Zahlen, die nach Überzeugung der Bochumer Linksfraktion so nicht stimmen kann: Laut Statistik sind der Bochumer Polizei im gesamten Jahr 2015 lediglich vier politisch rechts motivierte Beleidigungen bekannt geworden. Und nur eine einzige Person soll in Bochum durch Neonazis oder andere Rechte bedroht worden sein. „Es dürfte allen klar sein, dass diese niedrigen Zahlen nichts mit der Realität zu tun haben“, sagt Gültaze Aksevi. „Zum einen gibt es eine große Dunkelziffer, weil viele von rechten Straftaten Betroffene sich nicht trauen, diese bei der Polizei anzuzeigen. Außerdem müssen wir davon ausgehen, dass die Polizei einige rassistisch motivierte Straftaten nicht als solche erkennt beziehungsweise einordnet.“ Darauf deutet jedenfalls folgender Fakt hin: Signifikant hohe Fallzahlen weist die Statistik lediglich in jenen Deliktgruppen auf, in denen der rechte Kontext bereits aus der Straftat selbst heraus feststeht: Nämlich bei „Volksverhetzung“, beim „Verbreiten von Propagandamitteln“ und beim „Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen“. Zieht man diese nicht anders einzuordnenden Fälle ab, soll es in Bochum im gesamten Jahr lediglich 24 weitere politisch rechts motivierte Straftaten gegeben haben – inklusive der 17 Körperverletzungen. Bereits im Januar hat die Bochumer Linksfraktion versucht, für mehr Transparenz in Bezug auf die Polizeistatistik über rechte Straftaten zu sorgen. „Mit einer Anfrage wollten wir klären lassen, welchen Bevölkerungsgruppen die Opfer der rechten Gewalt in Bochum zuzuordnen sind und wie viele Verletzte, Tatverdächtige und Ermittlungsverfahren es gab“, sagt Gültaze Aksevi. „Außerdem wollten wir wissen, wie häufig Untersuchungshaft verhängt wurde, und wie häufig die Ermittlungen eingestellt worden sind. Leider hat sich die Polizeipräsidentin geweigert, belastbare Zahlen zu nennen. Die Bochumer Polizei muss hier dringend transparenter werden. Und wir brauchen Strukturen, die dafür sorgen, dass rassistisch motivierte Straftaten auch als solche erfasst und ernst genommen werden.“

www.dielinke-bochum.de

Kölner Haushalt: Im Juni verabschiedet, Ende Dezember in Kraft. Der Entwurf für den KÖLNER Haushalt 2016 sollte eigentlich bereits im Dezember 2015 dem Rat vorgelegt werden. Kurz vor dem Sitzungstag hatte aber die Oberbürgermeisterin mit Schützenhilfe von CDU und Grünen festgelegt, dass es einen Doppelhaushalt für 2016 und 2017 geben würde. Die Verabschiedung des Haushaltes verzögerte sich dadurch bis Ende Juni. Viele Maßnahmen können in der Zeit ohne gültigen Haushalt nicht begonnen werden. Bereits im November 2015 hatte Die Linke gewarnt, dass bei einem Doppelhaushalt dieser Zeitraum der „vorläufigen Haushaltsführung“ mindestens bis November 2016 dauern würde. Die städtische Kämmerei teilt nun mit, dass diese Einschätzung sogar noch zu optimistisch war. Der Kölner Haushalt muss noch durch die Bezirksregierung genehmigt werden. Das kann aber erst geschehen, wenn die Stadt auch den Jahresabschluss 2014 vorlegt, was frühestens zum 20. Dezember 2016 der Fall ist.

www.linksfraktion-koeln.de

Fahrpreise in Frankfurt: Teuer, teuer, am teuersten. In FRANKFURT sind und bleiben die Preise für den öffentlichen Nahverkehr im Vergleich zum gesamten RMV-Gebiet am höchsten. Wie jedes Jahr im Sommer meldet der Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV) eine Erhöhung der Preise zum Jahreswechsel. Laut RMV sollen die Preise durchschnittlich um 1,9 Prozent steigen. Frankfurter*innen müssen etwas mehr zahlen: Ab Januar 2017 erhöht sich der Preis für eine Einzelfahrt für Erwachsene von derzeit 2,80 Euro auf 2,90 Euro. Das ist eine Steigerung um 3,6 Prozent. Für eine Tageskarte liegt die Preissteigerung bei 2,9 Prozent – von derzeit 7,00 Euro auf 7,20 Euro. „In Frankfurt sind und bleiben die Preise für den öffentlichen Nahverkehr im Vergleich zum gesamten RMV-Gebiet am höchsten. Daran hat sich nichts geändert. Auch wenn der Oberbürgermeister der Stadt Peter Feldmann den Vorsitz im Aufsichtsrat des RMV hat und seine Partei inzwischen an der Stadtregierung beteiligt ist. Bei alljährlich steigenden Preisen kann der öffentliche Nahverkehr keine Alternative zum individuellen Autoverkehr sein. Das wäre aber nötig für die Mobilität von Menschen mit wenig Geld, gegen die Luftverschmutzung und den Klimawandel sowie für mehr Lebensqualität in der Stadt“, kritisiert Ayse Dalhoff, Stadtverordnete der Fraktion Die Linke. im Römer, die Preispolitik der Verkehrsverbundes. Dalhoff weist darauf hin, dass hohe Fahrpreise zu gesellschaftlicher Segregation führen. „Für viele Menschen, die von geringen Einkommen, kleinen Renten oder von Sozialhilfe leben müssen, haben hohe Fahrpreise eine weitere Einschränkung ihrer Teilnahme am gesellschaftlichen

Leben zur Folge.“, sagt Dalhoff. www.dielinke-im-roemer.de

Wehret den Anfängen – Kasseler Linke sieht Verstoß gegen Geschäftsordnung als Gebot der Stunde. Die Kasseler Linke reagiert mit Verwunderung auf den Artikel „Viel Streit um die Linke“ vom 13. Juli 2016. Darin gibt die HNA unkritisch und ausschließlich die inszenierte Empörung von CDU, SPD und Grüne über die Protestaktion der Kasseler Linken gegen die AfD wieder. Bei der konstituierenden Sitzung der Kasseler Stadtverordnetenversammlung am 11. April diesen Jahres versammelten sich über 100 Menschen vor dem Kasseler Rathaus. Sie protestierten gegen den Einzug von acht AfD-Verordneten. Die AfD ist in der Vergangenheit sowohl durch rassistische, frauenfeindliche als auch undemokratische Äußerungen in die Kritik geraten. Bewohner und Bewohnerinnen der Stadt Kassel hielten es daher für angemessen, den Einzug der rechtspopulistischen Partei zu stören. Bei der Konstituierung versammelte sich auf der Empore des Versammlungssaals eine kleine Gruppe Jugendlicher, die bei der Eröffnung durch den von der AfD gestellten Parlamentsältesten ausrief: „Nationalismus raus aus den Köpfen!“ und ein kleines Transparent entrollte. Sofort wurde die Gruppe von der Polizei umstellt und aus dem Saal entfernt. Die Fraktion der Kasseler Linke solidarisierte sich mit dem Protest. Sie hielt Schilder hoch auf denen „AfD = Mindestlohn weg“ und „AfD = unsozial, rassistisch, frauenfeindlich“ geschrieben stand. Mirko Düsterdieck, Stadtverordneter der Kasseler Linke, stellte im Nachgang des Protests eine Anfrage, in der er das Vorgehen des Stadtverordnetenbüros am 11. April und das angeforderte massive Polizeiaufgebot kritisierte. Mit keinem Wort erwähnt die HNA Berichterstattung diese Vorgeschichte. In der vergangenen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung machten CDU, SPD und Grüne vor allem deutlich, dass sie sich durch außerparlamentarische Bewegungen gestört fühlen. Anstatt die reibungslose Integration einer reaktionären, rassistischen und frauenfeindlichen Formation ins politische Alltagsgeschäft zu skandalisieren, wird Menschen, die genau dies tun, unterstellt, sie würden gewählte ParlamentarierInnen unter Druck setzen und nötigen. Damit machen die etablierten Parteien deutlich, dass sie den Protest gegen den Einzug der AfD für überflüssig halten und sich an anti-rassistischen Aktionen stören. „Als Opposition sehen wir unsere Aufgabe darin, kritische Fragen zu stellen und den Menschen, die in dieser Stadt oft überhört werden, Gehör zu verschaffen“, so der Fraktionsvorsitzende der Kasseler Linke Lutz Getzschmann.

<https://kasseler-linke.de>

Hartz IV-Empfängern soll der Mietzuschuss gekürzt werden: RHEIN-SIEG-KREIS. Der Rhein-Sieg-Kreis hat die Firma Rödl & Partner beauftragt, die angemessenen Kosten der Unterkunft zu ermitteln. FUW, Piraten und Die Linke sind überzeugt davon, dass hier Kürzungen unter dem Deckmantel der neutralen Datenermittlung vorbereitet werden. Dazu Andreas Danne, Sachkundiger Bürger für Die Linke im Sozialausschuss des Kreises: „Hier wird das unsoziale Gesicht des Rhein-Sieg-Kreis deutlich. Das gesamte Vorgehen ist mehr als fragwürdig. In vielen anderen Kreisen wurde das gleiche Procedere bereits durchgeführt. Nach unseren Infos hat dies immer zu einer Senkung geführt. So auch im Rhein-Erft-Kreis: Rund 30 % der derzeitigen 16.237 Bedarfsgemeinschaften im Rhein-Erft-Kreis liegen nach Rödl & Partner mit ihren aktuellen Mieten über den jetzt ermittelten Grenzwerten, obwohl die Mieten im Rhein-Erft-Kreis seit 2011 insgesamt um 8 %, also durchschnittlich um 1,6 % jährlich, gestiegen sind.“ Anja Moersch, Kreistagsabgeordnete der Piraten ergänzt: „Schon seit August 2014 macht Rödl & Partner Werbung damit, dass die Kosten der Unterkunft Optimierungsansätze und Einsparbeträge für den Haushalt aufweisen. Damit hätte die Firma wegen mangelnder Neutralität von der Auftragsvergabe ausgeschlossen werden müssen. Ins verheerende Bild passt dazu auch, dass uns kein politischer Beschluss bekannt ist, in dem die Grundlagen für das Verfahren beschlossen wurden. Das der Landrat in seiner Haushaltsrede von Dezember 2014 ankündigte, mögliche Einsparpotentiale bei den Kosten der Unterkunft mit Hilfe externer Berater heben zu wollen, ist ein weiteres Indiz dafür, dass es sich um ein abgekartetes Spiel zu Lasten der Ärmsten handelt.“

www.die-linke.de/nc/politik/kommunal/aktuelles-aus-den-kommunen

Sozialleistungen halten mit Energiekosten nicht mit: BREMEN. Seit mehreren Jahren schon steht das Thema Stromsperren auf der Tagesordnung der Bremischen Bürgerschaft, bislang jedoch ohne durchschlagenden Erfolg. Denn die hohe Anzahl wegen Zahlungsunfähigkeit gekappter Haushalte steigt weiter beständig: So wurden im letzten Jahr knapp 7.400 Energiesperren im Land Bremen vollzogen. Im Verlauf der letzten fünf Jahre stieg die Summe der Energiesperren im kleinsten Bundesland somit um 37 Prozent. Laut einem Bericht der Bremer Tageszeitung „Weser Kurier“ sei zum Jahresende 2016 mit einem neuen „Spitzenwert“ zu rechnen. „Stromsperren bedeuten tausendfach soziale Extremsituationen. Sozialgerichte vergleichen eine abgeklemmte Energieversorgung zu-

recht mit einer der Obdachlosigkeit ähnelnden Situation“, informiert Achelwilm in einer Erklärung. „Wir dürfen es nicht hinnehmen, dass Menschen in Bremen immer wieder dieser gefährlichen Situation ausgeliefert werden. Jeder Mensch sollte in seiner Wohnung Licht haben und sich warmes Essen zubereiten können“, fordert ihr Co-Sprecher Felix Pithan.

www.dielinke-bremen.de/

Einhjahresbilanz von Bürgermeister Sieling: Rot-Grün ohne Impuls gegen Armut und soziale Spaltung. BREMEN. Anlässlich der einjährigen Amtszeit des von Carsten Sieling (SPD) angeführten Bremer Senats erklärt Kristina Vogt, Vorsitzende der Fraktion Die Linke in der Bremischen Bürgerschaft: „Bürgermeister Sieling sowie der gesamte Senat haben keinerlei Impulse gesetzt, um die soziale Spaltung zu überwinden. Schlimmer: Mir scheint, dass Armutsbekämpfung bei Carsten Sieling einen geringeren Stellenwert einnimmt als unter seinem Vorgänger Jens Böhrnsen. Der rot-grüne Senat verwaltet nur noch. Das ist für einige Bereiche unproblematisch; für Menschen wie z.B. Jugendliche, die keinen selbstverständlichen Zugang zum Arbeitsmarkt und zu auskömmlichen Einkommen haben, allerdings eine Katastrophe.“ Als besonders fatal nimmt Vogt wahr, dass in den zunehmend stärker benachteiligten Quartieren nicht einmal der Versuch einer aufholenden Entwicklung unternommen werde: „Der Ausbau gebundener Ganztagschulen, die Sicherstellung flächendeckend kleinerer Klassen und doppelter Besetzungen, der bedarfsgerechte Kitausbau nicht zuletzt in ärmeren Stadtteilen – diese Aufgaben hängen angekündigt in der Luft, ohne den Eindruck zu vermitteln, dass in dieser Legislaturperiode reale Verbesserungen passieren.“ Klaus-Rainer Rupp, stellvertretender Fraktionsvorsitzender und haushalts- und finanzpolitischer Sprecher, ergänzt: „Carsten Sieling muss sich von einer irrationalen Fixierung auf die Schuldenbremse und den Stabilitätsrat lösen. Der vor kurzem verabschiedete Haushalt trägt keine erkennbar sozialpolitische Handschrift, sondern produziert Mangel, Investitionsstau und soziale Schulden durch eine Vernachlässigung von Armutsbekämpfung und gesellschaftlicher Spaltung. Um von dieser Negativbilanz abzulenken, wird regelmäßig mit Schönreden und ‚Mogelpackungen‘ gearbeitet. Dass z.B. die jüngst beschlossene Neuregelung zur Abfallentsorgung eine ‚Rekommunalisierung‘ darstellen soll, geht an der Realität vorbei. Wenn dieser Senat so weitermacht, wird er ein Senat der verpassten Chancen sein. Das 6-Punkte-Papier, mit dem Sieling sich

im vergangenen Sommer um das Amt des Bürgermeisters beworben hatte, enthielt ja viele wohlklingende Versprechungen. Bislang ist nichts davon real bei den Menschen angekommen.“

www.dielinke-bremen.de

Städtisches Wohnungsunternehmen nicht wie Zitrone ausquetschen: ESSEN. Für die Ratsfraktion Die Linke muss Schluss damit sein, dass der Stadtkämmerer Lars-Martin Klieve und die große Koalition aus SPD und CDU das städtische Wohnungsunternehmen Allbau AG weiter wie eine Zitrone zur Sanierung der maroden Stadtfinanzen ausquetschen. Die Abführung von 90 Prozent des Allbau-Gewinns von 16 Mio. Euro im letzten Jahr ist äußerst kurzsichtig und gegen die Interessen der Stadt. Denn von einem Euro, die der Allbau aus dem Gewinn investiert, werden weitere fünf Euro mobilisiert, die in den Wirtschaftskreislauf gehen und Arbeitsplätze schaffen. „Außerdem hat der Allbau als städtisches Wohnungsunternehmen den öffentlichen Zweck, preisgünstigen Wohnraum zu schaffen und einen Beitrag zur Stadtentwicklung zu leisten“, stellt die Fraktionsvorsitzende Gabriele Giesecke klar. „Das gehört zur Daseinsvorsorge gerade in Zeiten, in denen Wohnungen knapper werden. Der Allbau hat nicht den öffentlichen Zweck den Stadthaushalt zu sanieren. Wenn Kämmerer Klieve unter Druck steht, weil er die Vorgaben des Stärkungspaktes einhalten muss, sollte er sich was anderes überlegen und sich nicht weiter am Allbau vergreifen.“ Nach Ansicht der Ratsfraktion Die Linke ist es absurd, dass der Allbau 2016 und 2017 nur insgesamt 133 neue Wohnungen bauen kann, also zwischen 1,38 und 2,15 Prozent des Gesamtbedarfes. Damit würden über 50 Jahre vergehen, bis der Bedarf gedeckt ist, würde er alleine bauen. Dabei fehlen alleine 1.400 bis 2.600 öffentlich geförderte Wohnungen jährlich. Beim sozialen Wohnungsbau könnte Essen bereits weiter sein, wenn die Vorschläge der Ratsfraktion Die Linke nicht erst nach Monaten von der großen Koalition und der Verwaltung aufgenommen worden wären. Die Allbau AG ist Ende der 90er Jahre bereits einmal für die Sanierung der Stadtfinanzen missbraucht worden. Das ist komplett nach hinten losgegangen weil es die Stadt mehr gekostet als es eingebracht hat und den Allbau bis heute belastet. „Trotzdem hat der Allbau wichtige Stadtteilerneuerungsprojekte wie am Niederfeldsee in Altendorf und in der nördlichen Innenstadt mit dem Bau der Kastanienhöfe zustande gebracht. Solche Projekte dürfen für die Zukunft Essens nicht gefährdet werden“, so Gabriele Giesecke abschließend. www.linksfraktion-essen.de

(Zusammenstellung: ulj)

Überlebende des Fabrikbrandes in Karachi verklagen die deutsche Firma KiK

Der Textildiscounter KiK, eine Tochter der Tengelmann-Gruppe, ist in deutschen Städten mit vielen Filialen vertreten und verkauft spottbillige Textilien. Den Preis der Textilproduktion für den westlichen Markt bezahlen viele Arbeiterinnen und Arbeiter in Südasien mit ihrer Gesundheit und sogar mit ihrem Leben. Im September 2012 verbrannten 260 Menschen in Karachi, Pakistan, in der Textil-Fabrik Ali Enterprises. An den Folgen leiden die Überlebenden und Hinterbliebenen bis heute. Die Besitzer der Fabrik Ali Enterprises wurden bis jetzt nicht verurteilt. Sie sind gegen Kautions wieder auf freiem Fuß.

Der Fall sorgte für viel Aufmerksamkeit und Empörung über die gefährlichen Arbeitsbedingungen am Ende der Produktionskette westlicher Firmen. Das deutsche Unternehmen KiK, für das die Firma Ali Enterprises – fast ausschließlich – produzierte, sah sich gezwungen, über Entschädigungen zu verhandeln.

Die Firma KiK hat ihrerseits keinerlei Verpflichtung zur Entschädigung.

Juristische Instrumente, welche Konzerne international zur Einhaltung von Menschenrechten verpflichten und den Betroffenen von Menschenrechtsverstößen Zugang zu Gerichten ermöglichen, fehlen. (Siehe Positionspapier für einen Nationalen Aktionsplan unten).

Zwei Jahre versuchten die Hinterbliebenen und Verletzten, zusammengeschlossen in der „Baldia Factory Fire Affectees Association“ angemessene Entschädigungszahlungen von KiK zu erhalten. Letztlich legte sich die Firma jedoch nicht fest, welchen Anteil sie zahlen wollte. Die Familien sollten sich auf einen langen Berechnungsprozess einstellen auf Grundlage der ILO-Normen, aber ohne zu wissen, wieviel und ob überhaupt Entschädigung gezahlt würde. Unterstützt von der Menschenrechtsorganisation Europäisches Zentrum für Verfassungs- und Menschenrechte (ECCHR) und von Medico international einigten sich die Hinterbliebenen auf eine Klägerin und drei Kläger, die stellvertretend für alle

Opfer Zivilklage gegen die deutsche Firma KiK vor dem Landgericht Dortmund erhoben.

Der Ausgang dieser Klage ist ungewiss, sie könnte ein Präzedenzfall für andere Menschenrechtsverletzungen von Unternehmen in anderen Ländern werden. Der Prozess, der inzwischen vom Gericht angenommen wurde, könnte unter Umständen schnell, z.B. aufgrund einer außergerichtlichen Einigung mit der Firma KiK, zu Ende sein, oder aber er kann sich über Jahre hinziehen und erfordert dann unsere Solidarität. Ob KiK seine menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten formal verletzt hat, muss das Landgericht aufgrund der EU-Verordnung Rom II nach pakistanischen Gesetzen klären. Die spannende Frage ist nun, ob ein hiesiges Gericht bereit ist, das auf ein deutsches Unternehmen zu übertragen.

Der Ver.di-Frauenrat, Bezirk Frankfurt am Main und Region, hat auf mehreren Konferenzen, zuletzt letztes Jahr auf dem Ver.di-Bundeskongress

Kartellrecht und Arbeitnehmerrechte im Konflikt?

Zum Streit um die Ministererlaubnis bei der Fusion Edeka/Kaisers Tengelmann

Kartellrecht und Arbeitnehmerrechte sind ein spannendes und konfliktreiches Thema. Die ersten „Anti-Trust-Gesetze“ in den USA richteten sich zwar auch gegen unternehmerische Monopole, beispielsweise in der Öl- und Stahlindustrie. Praktisch wirksam wurden sie aber zunächst gegen Gewerkschaften, die als „unerwünschte Kartelle“, die den Preis der Arbeitskraft über das Marktniveau heben, von den Unternehmen heftig bekämpft wurden. Inzwischen ist in vielen industriellen Ländern der Unterschied zwischen Kartellen (von Unternehmen) und Koalitionen (von abhängig Beschäftigten) anerkannt, das Koalitionsrecht durch internationale Konventionen geschützt, in der Praxis aber immer noch heftig umkämpft.

Das OLG Düsseldorf hat sich nun mit einer erstaunlichen Entscheidung in diesen alten Konflikt eingemischt. Es gab einen Eilantrag von im Fusionsverfahren zwischen Edeka und der Kaisers-Tengelmann-Gruppe unterlegenen Unternehmen, in diesem Fall der Rewe-Gruppe und der Markant AG, gegen die von Bundeswirtschaftsminister Gabriel erteilte Ministererlaubnis zur Fusion von Kaisers und Edeka statt. Die Rewe-Gruppe hatte 2014 einen Gesamtumsatz von 51,1 Milliarden Euro,

die Edeka-Gruppe einen von 46,4 Milliarden Euro. Kaisers Tengelmann ist demgegenüber mit 2,4 Milliarden Euro Umsatz ein „kleiner Player“, zudem einer, der nach eigenen Angaben in den letzten 15 Jahren keinen Gewinn mehr abgeworfen hat. Für die knapp 16000 Beschäftigten der Kaisers Supermärkte geht es also ums Überleben, und egal wie das Gefecht zwischen den beiden großen Bietern Edeka und Rewe ausgeht, am Ende wird eine weitere Zusammenballung von Marktmacht im Lebensmitteleinzelhandel stehen.

Erstaunlich ist das Urteil des OLG weniger wegen dem Vorwurf, Gabriel habe intransparent und unfair gegenüber den beteiligten Bietern gehandelt. Das wird das weitere Verfahren hoffentlich aufklären. Erstaunlich und alarmierend ist vielmehr die These des OLG, der Erhalt von Arbeitnehmerrechten sei „kein Gemeinwohlbelang“. Das knüpft an dunkle Traditionen der zum Glück 2013 aus dem Bundestag ausgeschiedenen FDP an, die 2009 gemeint hatte, die Günstigkeitsklausel des Tarifvertragsgesetzes ändern zu dürfen zu Lasten der Arbeitnehmer und ihrer Tarifverträge. Am günstigsten sei der Erhalt von Arbeitsplätzen,

dem habe sich alles andere unterzuordnen, lautete damals die krude Logik der FDP. Von den DGB-Gewerkschaften kam als Reaktion noch vor Beginn der schwarz-gelben Koalitionsverhandlungen die klare Ansage, man werde sich im Fall einer solchen Generalattacke auf Tarifverträge und Arbeitnehmerrechte mit allen Mitteln zur Wehr setzen. Bundeskanzlerin Merkel stoppte damals die FDP, und in der Bundesrepublik blieben seitdem solche Attacken aus. Auf EU-Ebene dagegen gingen sie, vor allem vorgetragen durch die sog. „Troika“ und die EU-Kommission, unvermindert weiter.

Insofern wird es spannend, wie dieser Konflikt weiter geht. Die „FAZ“ schreibt am 15.7., Gabriels Beamte seien gerade dabei, die neunte Novelle des Kartellgesetzes kabinettstfertig zu machen. Es gebe Stimmen in der Politik, die eine „Präzisierung der Gemeinwohlgründe“ verlangen. Solche „Gemeinwohlgründe“ gibt es in vielen Teilen des Gewerberechts, sie schränken die Gewerbefreiheit ein. Möglicherweise entsteht also hier ein spannendes Thema auch für die Bundestagswahl 2017.

Rüdiger Lötzer



für eine Beschlusslage gesorgt, die die Einhaltung der Menschenrechte von deutschen Unternehmen im In- und Ausland fordert und die Bundesregierung auffordert, effektive Rechtsmittel dafür zu schaffen.

Auf Einladung des Frauenrates und von Medico international Frankfurt am Main kamen am 23. Juni im Rahmen ihrer Veranstaltungs-Rundreise

die Klägerin Saeeda Khatoon und der Kläger Muhamad Hanif sowie der Vize-Generalsekretär der Gewerkschaft NTUF Nasir Mansoor auch nach Frankfurt ins Gewerkschaftshaus.

Saeeda schilderte sehr bewegend ihren Schmerz über den Verlust ihres 17-jährigen Sohnes bei dem Unglück. Er fing mit 14 Jahren an, bei Ali Enterprises zu schuften. „Manchmal war

er 72 Stunden lang in der Fabrik“, erzählt die Pakistanerin. Für ein Monatsgehalt von umgerechnet rund 70 Euro.

Die Betroffenen fordern jeweils 30 000 Euro Schmerzensgeld von KiK. Die Billigkette hatte nach der Brandkatastrophe zwar eine Soforthilfe von rund 800 000 Euro gewährt – wovon die Klägerin nach eigenen Angaben etwa 3000 Euro erhielt, was aber längst nicht für eine langfristige Unterstützung ausreiche. Viele betroffenen Familien könnten sich ohne den Lohn der ums Leben gekommenen Angehörigen kaum noch über Wasser halten. Es gehe bei den Forderungen der Kläger

auch um die Finanzierung von medizinischen Behandlungen und Renten sowie die Anerkennung erlittenen Leids.

Mindestens genauso wichtig wie eine finanzielle Entschädigung ist den Opfern aber auch eine förmliche Entschuldigung von KiK und die Übernahme der Verantwortung für das Unglück. Es gehe aber auch darum, dass KiK die Arbeitsbedingungen in den ande-

Das Positionspapier „Wirtschaft und Menschenrechte – Erwartungen an einen deutschen Aktionsplan“ wurde im Jahr 2014 erarbeitet von: CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung, Forum Menschenrechte, Amnesty International Deutschland, Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst, European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR), Germanwatch, Misereor, Oxfam Deutschland, Verdi, www.cora-netz.de/

Zusammenfassung des Positionspapiers

Macht und Einfluss transnationaler Konzerne haben im Zuge der Globalisierung stetig zugenommen. Einerseits wurden ihr Marktzugang und Investitionsschutz durch internationale Abkommen erheblich ausgeweitet und durch Schiedsgerichte abgesichert. Andererseits fehlen vergleichbare Instrumente, welche dieselben Konzerne international zur Einhaltung von Menschenrechten verpflichten und den Betroffenen von Menschenrechtsverstößen Zugang zu Gerichten ermöglichen. Solche menschenrechtlichen Regulierungslücken zu schließen, ist der Anspruch der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte, die 2011 im UN-Menschenrechtsrat einstimmig verabschiedet wurden. Die unterzeichnenden zivilgesellschaftlichen Organisationen dieses Positionspapiers erwarten von der Bundesregierung und dem Bundestag, dass sie auf Basis der UN-Leitprinzipien und anderer relevanter Menschenrechtsdokumente sowie unter aktiver Beteiligung

der Zivilgesellschaft einen deutschen „Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte“ entwickeln und in der kommenden Legislaturperiode zügig umsetzen. Insbesondere sollten Bundesregierung und Bundestag: die deutschen Rechtsgrundlagen umfassend auf Regulierungslücken überprüfen, die einen effektiven Schutz vor Menschenrechtsverstößen durch Privatunternehmen erschweren; durch menschenrechtliche Folgenabschätzungen, reformierte Menschenrechtsklauseln und eine neue Prioritätensetzung sicherstellen, dass Investitions- und Handelsabkommen der EU sowie deutsche Rohstoffpartnerschaften die Umsetzung von Menschenrechten nicht behindern, sondern fördern; für eine umfassende Verankerung der Menschenrechte in den Leitlinien und der operativen Arbeit von Weltbank, IWF und anderen internationalen Institutionen eintreten; Ausführungsbestimmungen zur menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht von Unternehmen, auch mit



Bezug auf deren Tochter- und Zulieferbetriebe sowie Vertriebspartner, entwickeln und diese in Deutschland gesetzlich vorschreiben; jegliche staatliche Unterstützung, etwa durch Außenwirtschaftsförderung oder öffentliche Beschaffung, von der strikten Einhaltung menschenrechtlicher Sorgfalt abhängig machen und transparent offenlegen; bei gravierenden Menschenrechtsverstößen eine Durchgriffshaftung von Unternehmen für ihre ausländischen Tochter- und Zulieferbetriebe sowie Vertriebspartner rechtlich verankern; bei Menschenrechtsverstößen unter Beteiligung deutscher Unternehmen im Ausland die Anwendbarkeit deutschen Rechts und eine Unternehmensstrafbarkeit rechtlich ermöglichen; die Zulässigkeit von Klagen durch Betroffene aus dem Ausland in Deutschland rechtlich ermöglichen sowie die finanziellen und prozessualen Hürden verringern; die Neufassung der OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen von 2011 konsequent und umfassend umsetzen sowie bei Verstößen Sanktionen vorsehen.

ren Zulieferbetrieben verbessere, sagt Saeeda Khatoun.

Ein im Anschluss geführtes Interview der pakistanischen Delegation mit der „Frankfurter Rundschau“ brachte noch weitere Informationen: Unabhängig vom Verfahren in Dortmund führt die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) in Genf Verhandlungen über eine weitere Entschädigung aller Opfer. Vergangenen Mittwoch gab es dazu Gespräche mit Vertretern der pakistanischen Regierung, von Gewerkschaften, KiK und des deutschen Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Vor allem auf Druck des BMZ habe sich der Textildiscounter auf neue Gespräche eingelassen. Eine Kommission solle jetzt zunächst in Karachi die

Quellen: www.medico-international.com, Frankfurter Rundschau vom 27.06.2016,

Situation der Opfer und Hinterbliebenen untersuchen.

In Pakistans Textilfabriken habe sich seit der Brandkatastrophe nicht wirklich etwas verändert. In 95 Prozent der Betriebe gebe es keine gewerkschaftliche Vertretung, sagt Nasir Mansoor, von der Gewerkschaft NTU. Nur etwa fünf Prozent der Beschäftigten hätten einen schriftlichen Arbeitsvertrag. Und 12 bis 18 Stunden Arbeit seien an der Tagesordnung.

Die Bundesregierung hat sich in ihrer Regierungserklärung zu einem Nationalen Aktionsplan für Wirtschaft und Menschenrechte bekannt und derzeit ist die Diskussion über die Umsetzung im Gang. Viele soziale und Menschenrechtsorganisationen wollen darauf Einfluss nehmen.

BDI bedauert Brexit, fordert maximale Schadensbegrenzung für Unternehmen, Beschäftigte und Einkommen. *BDI-Presseerklärung, Fr., 24.6.2016.* „Das Resultat ist ein Alarmsignal an uns Europäer, die EU wettbewerbsfähiger zu machen,“ so BDI-Hauptgeschäftsführer M. Kerber zum Ausgang des britischen Referendums. ... die Beziehung mit dem Vereinigten Königreich (stünden) nun vor einem Neustart. Fragen wie die des Marktzugangs, regulatorische Standards oder Mobilität von Beschäftigten seien nun neu auszuhandeln. Der drohende Verlust des Zugangs zum Binnenmarkt werde die britische Wirtschaft und deutsche Unternehmen mit Geschäft im Vereinigten Königreich ... „hart und unmittelbar“ treffen: „Neue deutsche Direktinvestitionen auf der Insel sind kaum zu erwarten.“ Nahezu 400 000 Menschen arbeiten im Vereinigten Königreich in deutschen Unternehmen. „Die Beschäftigten stehen vor unsicheren Zeiten, erwarten eine gute Vereinbarung so rasch wie möglich“, sagte Kerber.

Maschinenbau fordert klares Bekenntnis vom Wirtschaftsminister zu TTIP. *VdMA-Presseerklärung, Fr., 15.7.16.* – Nach der Entscheidung Großbritanniens für einen EU-Austritt ist das Freihandelsabkommen TTIP wichtiger denn je für die europäische Industrie. Der Verband deutscher Maschinen- und Anlagenbau e.V. (VDMA) mahnt, dass ein zeitnaher Abschluss von TTIP ein wichtiges Signal wäre für die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Europa. „Wir sind des-halb sehr enttäuscht, dass Teile der SPD das angestrebte Abkommen mit den USA vorzeitig beerdigen“, sagt VDMA-

Hauptgeschäftsführer Th. Brodtmann. „Die EU muss beweisen, dass sie trotz politischer Krise nach dem Brexit-Votum handlungsfähig ist“, so Brodtmann. Aus Sicht des VDMA muss das Abkommen dafür den europäischen Industriebranchen einen besseren Marktzugang in den USA ermöglichen.

IndustrieAllianz für fairen Handel fordert effektiven Handelsschutz gegen China. *Pressemitteilung der Wirtschaftsvereinigung Metalle e.V., Do., 14.7.2016.* – Am 12./13.7.2016 traf sich zum „EU-China-Summit“ in Peking. Wirtschaft und Politik, um über die (handels-)politischen Beziehungen, vor allem die Vergabe des Marktwirtschaftsstatus an China (MES) zu sprechen. Die Anerkennung des MES würde Abwehrmöglichkeiten der EU gegen unfaire Importe aus China massiv schwächen. Der Präsident des Bundesverbands Keramische Industrie e.V., R. Müller: „Chinesische Überkapazitäten werden ... zu Dumpingpreisen – nach Deutschland und Europa exportiert. Durch diese unfairen Handelspraktiken geraten ... Unternehmen unter massiven Druck. Wirksame Schutzinstrumente ... sind unabdingbar.“ Die IndustrieAllianz für fairen Handel (ein Zusammenschluss von Branchen im dt. Metallsektor) fordert daher die EU-Kommission auf, die Vergabe des Marktwirtschaftsstatus an die fünf technischen EU-Kriterien zu binden und auf Abbau chinesischer Überkapazitäten in allen Branchen hinzuwirken.“

Zusammenstellung: Rosi Steffens

**Wirtschafts-
presse**

Die Redefreiheit in den Parlamenten und den Räten der Städte und Gemeinden wird von dem Rechtsextremismus genutzt, um diffamierenden Ideen eine Öffentlichkeit zu schaffen. Vielerorts versucht man nach der Devise „gar net‘ ignorieren“ die öffentliche Aufmerksamkeit herunter zu dimmen. Totschweigen kann aber auch wie stillschweigende Billigung wirken. Der in Hamburg entwickelte Ansatz von sorgfältiger Beobachtung und kritischer Beleuchtung sorgt da für Klärung der Grenzen. In einer gesetzgebenden Körperschaft muss rechte Ideologie versuchen, die Brückenbindungen zwischen Rechten und Rechtsextremen zu festigen.

• Der AfD-Watchletter kann über die Email-Adresse newsletter@linksfraktion-hamburg.de bestellt werden.

• Die Redaktion der Politischen Berichte sammelt PDF-Fassungen, die unter www.linkekritik.de, Sammlungen, HH-AfD-Watchletter zu finden sind.

Im Folgenden dokumentieren wir die Inhaltsverzeichnis und Einleitungen und der bisher erschienen Ausgaben

Neu aus Hamburg:

Rechtsaußen im Rathaus

Watchletter über die Aktivitäten der AfD in der Hamburgischen Bürgerschaft Die Aktivitäten der AfD in der Hamburgischen Bürgerschaft

AfD-Watchletter Nr. 1, März 2016.

Inhalt: Flüchtlinge und Rassismus | Sozialchauvinismus und Leistungsideologie | Law and Order | Hetze gegen Liberale und „Linksextremismus“ | Medienkritik und „Lügenpresse“

Schon vor den letzten Landtagswahlergebnissen hatte die Fraktion Die Linke in der Hamburgischen Bürgerschaft beschlossen, einen neuen Newsletter herauszugeben, und nach diesen Wahlen legen wir nun wirklich los: Wir wollen darüber informieren, was die AfD in der Hamburgischen Bürgerschaft eigentlich treibt. Zwar sind ihre parlamentarischen Beiträge – Anträge, Reden, Kleine und Große Anfragen – über die Parlamentsdatenbank öffentlich zugänglich. Doch wir wollen die Bedingungen der Information verbessern und damit die politische Auseinandersetzung befördern.

Mehr als ein Jahr nun ist die AfD mit Abgeordneten in der Bürgerschaft vertreten. Sie hat das Parlament verändert. Gestritten wurde dort natürlich auch schon früher. Die politischen Differenzen zum Beispiel zwischen uns und der CDU sind tief.

Was also ist neu?

Die AfD ist keine Partei wie die anderen, nur etwas weiter rechts verortet. Ihre Fraktion in der Bürgerschaft lässt keinen Zweifel daran, dass sie die gesellschaftliche Realität nicht anerkennt, sondern grundlegend ändern will. Sie akzeptiert die Veränderungen der letzten Jahrzehnte nicht, nicht die Vielfalt der Lebensentwürfe und schon gar nicht die kulturelle und religiöse Vielfalt. Sie stellt diese Vielfalt in Frage, will sie zerstören. Und dazu nutzt sie die Bürgerschaft. Von Beginn an ist ihr hauptsächlich, manchmal fast schon einziges Thema die Flüchtlingspolitik. Sie greift die „Altparteien“ an, sie greift geltendes Recht an, Grundrechte wie das Recht auf Asyl oder Religionsfreiheit, vor allem aber greift sie die Menschenwürde und die Menschenrechte der Geflüchteten an.

In den ersten Monaten ihres Bürgerschaftsauftrittes konnte man noch geneigt sein, die AfD zu unterschätzen, so tollpatschig hat sie sich teilweise angestellt. Auch jetzt sind ihre Abgeordneten in der Ausschussarbeit etwa kaum präsent, haben inhaltlich wenig zu sagen. Doch Unterschätzung wäre völlig falsch. Das haben nicht nur die jüngsten Wahlen gezeigt.

Viele Menschen kommen mit den erfahrenen Brüchen nicht klar, mit der Globalisierung, den krisenhaften Entwicklungen, dem zunehmenden Verlust der Kontrolle über die eigenen Lebensbedingungen und den Veränderungen der erfahrbaren Umwelt, Veränderungen auch durch Fluchtbewegungen und Einwanderung. Das ist der Boden, den die AfD beackert. Sie bedient und stärkt das Ressentiment, das Vielfalt und Buntheit der Gesellschaft als Bedrohung empfindet. Sie stellt Gleichwertigkeit und gleiche Grundrechte aller hier lebenden Menschen grundsätzlich in Frage. Man muss ihr nicht vorhalten, dass sie zur Lösung von Problemen nichts beizutragen hat, denn es geht ihr nicht um Lösungen vermeintlicher oder wirklicher Probleme, sondern um die Mobilisierung des Ressentiments gegen erhebliche Teile unserer Gesellschaft, die als „anders“ wahrgenommen werden. Die AfD bietet an, die Realität der Wahnvorstellung einer homogenen, also nicht bunten, nicht vielfältigen Gesellschaft anzupassen. Das macht sie brandgefährlich.

Mit der Herausgabe dieses Newsletters wollen wir einen Beitrag leisten, über die Umtriebe der AfD-Fraktion zu informieren. Dass wir rassistische und andere Äußerungen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit dokumentieren, ist natürlich nicht unproblematisch, weil wir sie damit wiederholen. Unser Anliegen ist jedoch die Aufklärung, Voraussetzung für die erfolgreiche politische Gegenmobilisierung.

Der vorliegende Newsletter endet mit

Stand Februar 2016. Er soll ab sofort sechs- bis achtwöchentlich erscheinen. Wer ihn abonnieren möchte, bitte eine Mail an newsletter@linksfraktion-hamburg.de schicken! Wir freuen uns auch über Rückmeldungen, natürlich auch über kritische!

Christiane Schneider

AFD-Watchletter Nr. 2, April 2016.

Inhalt: Vorbemerkungen zur Strategie der AfD | Antimuslimischer Rassismus: Bei der Hamburger AfD-Fraktion längst Alltag | „Die Flüchtlingskrise hält weiter an“ (AFD-Homepage) – die Hetze der AfD auch | Von „Verteilungskämpfen“ und sozialen Verwerfungen | Über das gespaltene Verhältnis zur „Lügenpresse“ | Gegen sexuelle Vielfalt und Sexualpädagogik

Christen und andere Minderheiten unter den Flüchtlingen besser schützen“ – unter diesem Titel hatte die CDU Mitte April einen Antrag (Drs. 21/3712) in die Hamburgische Bürgerschaft eingebracht. Auch ohne die Anwesenheit der AfD wäre das eine schwierige Debatte gewesen. Denn der Grat ist schmal zwischen der Verantwortung für den Schutz von Minderheiten und der Verbreitung von Vorurteilen insbesondere gegen muslimische Geflüchtete. Problematisch an dem CDU-Antrag war vor allem die Forderung, bei der Registrierung von Geflüchteten die Ethnie und die Religion zu erfassen. SPD, Grüne und Linke wiesen diese Forderung denn auch entschieden zurück.

Für die die AfD war der CDU-Antrag hingegen eingefundenes Fressen. Ausgerechnet ihr Fraktionsvorsitzender, der sich so gerne honorig gebende Professor Kruse, nutzte die Gelegenheit für eine Grenzüberschreitung und eine Verschiebung der Debatte. Nachdem er sich persönlich zum säkularen Staat und zur Religion als Privatsache bekannt hatte, sagte er Folgendes: „Aber es gibt Religionen, die betrachten das nicht als Privatsache für sich, sondern stellen Forderungen an den Staat, an andere, nicht selten in intoleranter und gewalttätiger Form, und das sind Dinge, die wir bekämpfen müssen. Und wenn wir das akzeptieren, dann muss man auch akzeptieren, dass man diese Religionen und Ethnien auch erfasst.“*

Zweierlei passiert hier: Erstens wird nicht von Individuen gesprochen, sondern von bestimmten Religionen, die angeblich so und so sind, auf jeden Fall anders und eben auch nicht selten gewalttätig. Und zweitens wird die ohnehin problematische, von der CDU mit dem Schutz von Minderheiten begründete Forderung, bei der Registrierung aller Geflüchteten auch Religion und Ethnie zu erfassen, verschoben zur Erfassung von Angehörigen bestimmter Religionen und Ethnien, und zwar als „Gefährder“.

Auf Antrag der Grünen trat daraufhin der Ältestenrat zusammen, ergebnislos, und am nächsten Tag inszenierte sich Professor Kruse als „Opfer“ eines „Einschüchterungsversuchs“ und fand dabei leider auch noch Resonanz im „Hamburger Abendblatt“.

Die AfD will auf ihrem bevorstehenden Programmparteitag den Kampf gegen den Islam ins Zentrum rücken. Sie verschiebt den Diskurs der Bedrohung allmählich vom Geflüchteten auf den Islam. Damit zielt sie mitten auf die plurale Gesellschaft, auf das friedliche Zusammenleben, auf Grundrechte eines Teils der Bevölkerung. Der Bedrohliche, Gefährliche, der Islam, der „nicht zu Deutschland gehört“ (AFD-Programmtext), der „an sich eine politische Ideologie (ist), die mit dem Grundgesetz nicht vereinbar ist“ (Beatrix von Storch in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung/FAS), der „intellektuell immer mit der Übernahme des Staates verbunden“ ist und ein „Fremdkörper“**, der hier „keine Heimat finden“ könne (Alexander Gauland ebenfalls in der FAS), kommt nicht erst mit den Geflüchteten zu uns. Er ist schon lange da, mindestens seit Beginn der Arbeitsmigration aus der Türkei Anfang der 60er Jahre. Ist der Islam erst einmal als Feind markiert, sind die AfD-Forderungen, Symbole des Islam aus der Öffentlichkeit zu verbannen, Moscheen unter staatliche Kontrolle zu stellen usw., nur konsequent. Heiner Geißler (CDU) nennt das in der Rhein-Neckar-Zeitung „religiösen Rassismus“.

Aber zurück zur Rede von Prof. Kruse. Auch wenn die Bürgerschaftsdebatte sich auf die Registrierung von Geflüchteten bezog: Kruse formuliert seine Forderung nach Erfassung „dieser Religionen und Ethnien“ allgemein und absolut. Vor dem Hintergrund der AfD-Programmdebatte ist die Drohung unüberhörbar.

Christiane Schneider

* Das offizielle Protokoll der Bürgerschaftssitzung vom 13.4. wird frühestens in einigen Wochen veröffentlicht – uns liegt eine Mitschrift aber bereits vor. Sie ist außerdem auf der Facebookseite der AfD-Fraktion nachzulesen.

** Die zunehmende Rede vom „Fremdkörper“ Judentum vor allem ab den 1920er Jahren bereitete dem Holocaust den Boden.

AFD-Watchletter Nr. 3, Juli 2016

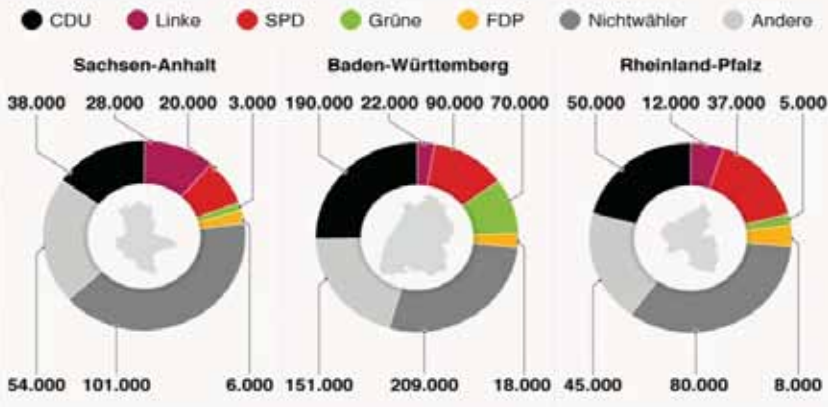
Inhalt: „Auch das ist ein Grund für die Wachstumsschwäche, die in der Kultur begründet liegt.“ | Islamfeindliche Hetze | Angriff auf Bürgerhäuser, Stadteinkaufszentren, Begegnungshäuser

Da die AfD nicht von „Rassen“ spricht, fragt man uns manchmal, ob man AfD-Reden denn wirklich als „rassistisch“ bezeichnen könne. Tatsächlich ist der Begriff „Rasse“ nach der Niederlage des Faschismus und infolge des Völkermords an den europäischen



AfD mobilisiert Nicht-Wähler

Wählerwanderung zur AfD bei den Landtagswahlen am 13.3.2016



Konrad Klingenburg / FB GP, Res. Berliner Büro / 21. Juni 2016

Wahlverhalten der Gewerkschaftsmitglieder zur LW Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz



Baden-Württemberg: Mehrheit für Grün-Rot

Stimmenanteile bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg vom 13. März 2016 (in Prozent)

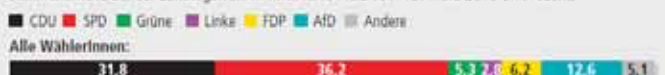


Quelle: Vorläufiges amtliches Endergebnis der Landtagswahl 2016 / Landeswahlleiterin Baden-Württemberg

* Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z. B. Beamtenschaft)
Quelle: Wahltagbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim

Rheinland-Pfalz: 43 Prozent für die Sozialdemokraten

Stimmenanteile bei der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz vom 13. März 2016 (in Prozent)



Quelle: Vorläufiges amtliches Endergebnis der Landtagswahl 2016 / Landeswahlleiterin Rheinland-Pfalz

* Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z. B. Beamtenschaft)
Quelle: Wahltagbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim

Konrad Klingenburg / FB GP, Res. Berliner Büro / 21. Juni 2016

Wahlverhalten der Gewerkschaftsmitglieder zur Landtagswahl Sachsen-Anhalt



Sachsen-Anhalt: Gewerkschaftsmitglieder im Wahltrend

Stimmenanteile bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt vom 13. März 2016 (in Prozent)



Quelle: Vorläufiges amtliches Endergebnis der Landtagswahl 2016 / Landeswahlleiterin Sachsen-Anhalt

* Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z. B. Beamtenschaft)
Quelle: Wahltagbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim

Konrad Klingenburg / FB GP, Res. Berliner Büro / 21. Juni 2016

Projekt Wegemarken – Sachstand Juli 2016 – weitere Entwicklung

Aktuelles Kalenderblatt: Mit dem in dieser Ausgabe der Politischen Berichte vorgestellten Projekt – Österreich: „1840er-Jahre: Auf leisen Sohlen kommt die Solidarität in die Welt – konnten wir ein spannendes Moment der Emanzipation beleuchten. Eine Überraschung war, dass es in Österreich, dessen Literatur später so reich blühen wird, der Sozialroman in der Vormärzzeit praktisch ausfällt. Unsere Überraschung belegt, dass die Zensur und ihre weitreichenden Wirkungen in der heutigen Internet-Zeit leicht übersehen werden.

Projektentwicklung: Wir stellen fest, dass es noch nicht zufriedenstellend gelingt, die Stimmen der handelnden Subjekte aufzutreiben. Das gilt für die Träger der Emanzipation, das gilt aber auch für die Verankerung im Rechtssystem.

Arbeitsplattform Wegemarken: Inzwischen stehen Daten aus Irland auf der Plattform. Unter „www.linkekritik.de“ ist bei „Wegemarken“ eine Rubrik eingerichtet, in der die Kalenderblätter extra gesammelt werden. Noch nicht gelöst ist die Frage, wie ausführlichere Angaben zur Literatur bzw. seltene Quellen etc. mit dem System verbunden werden. Wir gehen davon aus, dass sich etliche Mitwirkende bei der Sommer-schule treffen, wo wir dann auch versuchen werden, unsere Erfahrungen zusammenzufassen. Wir erwarten, dass im Anschluss an die dabei möglichen Beratungen die Webseite eine Fassung finden kann, die sie als gemeinsame Arbeitsplattform der (deutschsprachigen) Mitwirkenden brauchbar macht. Offen ist, wie (und wie weit) das Projekt in der Zweitsprache Englisch präsentiert werden kann oder muss.

Nächstes Kalenderblatt: Arbeitstitel 1932: „The Lifting of the Ban on Married Women in the Workplace“ wird eine Wegemarke in Irland. *Eva Detscher*

Münchner Lokalberichte (mlb) eingestellt

Eine ausführliche Stellungnahme findet sich in der letzten Ausgabe. <http://www.flink-m.de/690.0.html>. Das *Forum linker Kommunalpolitik München e.V.*, das seit einigen Jahren auch die *mlb* getragen hatte, stellt unter www.flink-m.de eine offene Arbeitsplattform und ein Archiv bereit. Die vom Forum geförderten Printprojekte *Mit-Links für ein solidarisches München* und *Studienreihe zivilgesellschaftliche Bewegungen – institutionalisierte Politik* werden weitergeführt. Sie finden sich so wie auch die älteren Ausgaben der *mlb* bei www.flink-m.de im Bereich Archiv / Sammlung als Pdf.

Martin Fochler

Aus der Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung vor 1848

1840er-Jahre: Auf leisen Sohlen kommt die Solidarität in die Welt

In der „Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung von den Anfängen bis 1945“ (© 2016 by Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, Wien) von Peter Autengruber findet sich eine umfassende Darstellung der österreichischen Gewerkschaftsbewegung.

Spätestens im 18. Jahrhundert waren aus den Gesellen Lohnarbeiter in Handwerksbetrieben geworden. Ihr soziales Ansehen war so weit gesunken, als dass die Bezeichnung „Knechte“ in Gebrauch kam. Die Gesellen probten den Aufstand. Unter anderem wird von einem Lakaientumult 1704 in Wien berichtet. 1715 streikten die Wiener Schustergesellen. In der Folge gab es eine Reihe von länderübergreifenden Aufständen, die vom Militär niedergeschlagen wurden. Zwei Schustergesellen wurden zum Tode verurteilt und öffentlich gehenkt.

In Wien, Niederösterreich und Oberösterreich wurden die Bruderschaften durch die Handwerkspatente von

1731/32 völlig entrechtet und durch ein Koalitionsverbot praktisch aufgelöst. In einigen anderen heutigen Bundesländern blieben sie zwar noch formal bestehen, konnten die Interessen ihrer Mitglieder aber kaum noch wirksam vertreten.

Eine Ausnahme bildeten die Bruderschaften der Buchdrucker. Diese unterstanden bis 1765 den Universitätsbehörden. Sie fühlten sich mit den übrigen Arbeitern noch nicht solidarisch.

Unterstützungsvereine und Fabrikskassen

1824 gründeten Buchdrucker in Linz eine Kranken- und Sterbekasse. Am 1. August 1824 gründeten Wiener Buchdrucker und Schriftgießer einen Unterstützungsverein für erkrankte Arbeiter. An den elenden Arbeitsverhältnissen konnte dieser Verein abernicht ändern. Um 1840

wurden in Österreich Fabrikskassen gebildet, doch diese Entwicklung wurde 1845 vom Absolutismus gestoppt. Neben diesen Fabrikskassen und einigen Unterstützungsvereinen der Buchdrucker war nichts, was an

eine moderne Arbeiterbewegung oder Gewerkschaftsbewegung gemahnte. Zu dieser Zeit waren im Westen Europas die ersten Gewerkschaftsvereine und Arbeitervereine entstanden. Erst die Märzrevolution 1848 ermöglichte wieder die Gründung solcher Unterstützungskassen in Österreich. „Es gab Versammlungen in den Betrieben, und plötzlich fanden sich auch Führer dieser Arbeitergruppe, unter denen der Schriftsetzer Karl Scherzer der bedeutendste war. Ein Forderungsprogramm wurde entworfen, das von einem achtgliedrigen Ausschuss dem Gremium, der Organisation der Unternehmer, übergeben wurde. Darin wurde ein angemessener Lohnarif, Beschränkung der Lehrlingszücherei, Verbot der Frauenarbeit, ein zehnstündiger Arbeitstag und der freie Sonntag verlangt. Ein besonderer Erfolg war



Revolution 1848: Verteilung des Volksblattes. Quelle: Das Rote Wien

die Aufhebung der Sonn- und Feiertagsarbeit. Der 6. August 1848 war der denkwürdige Sonntag, an dem in den Wiener Druckereien nicht mehr gearbeitet wurde.“

(Alfred Magaziner)
Augustin Kargl,
Steiermark

Literatur: „Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung von den Anfängen bis 1945“ (© 2016 by Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, Wien) Peter Autengruber, Herbert Steiner, Karl Marx in Wien, Europaverlag, 1978. Alfred Magaziner, Die Vorkämpfer, Europaverlag, 1979

Die Skripten können beim Österreichischen Gewerkschaftsbund angefordert werden oder stehen in der Skriptendatenbank des ÖGB als Download zur Verfügung.

Empfehlung: Ein Klassiker zum genaueren Kennenlernen der österreichischen Gewerkschaftsbewegung: Klenner Fritz, Die Österreichische Gewerkschaftsbewegung, 1951, Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes. Als Neuausgabe: Die österreichische Gewerkschaftsbewegung – Von den Anfängen bis 1999, Klenner Fritz, Pellar Brigitte. 1064 Seiten, 1. Auflage, 31.12.2000 Reihe: Zeitgeschichte, ÖGB-Verlag, ISBN 978-3-7035-0765-6, Hardcover

Unter der Herrschaft der Zensur ...

Sozialroman: Fabrikskassen wurden im Habsburgerreich zur Zeit des Vormärz als praktische Antwort auf neue soziale Risiken gegründet. Anderswo – herausragend Frankreich, Großbritannien und auch in der Schweiz – belebten „Sozialromane“, nicht selten als Fortsetzungsromane der entstehenden Presse konzipiert, die politische Debatte. Im alten Österreich herrschte bis 1848 eine strenge Zensur. 1826 wurden in der gesamten Monarchie nur 80 Periodika gezählt, auf den Verbotslisten standen in der Zeit des Vormärz mehrere tausend Romane.¹ Sozialkritischer Schriftstellerei fehlte das Medium, sie war wirtschaftlich brotlos und politisch riskant, ein Weg ins Exil.

Theater. Dem Theater allerdings ließ die Obrigkeit Spielräume. Namen wie Grillparzer oder Nestroy klingen noch heute. Die von Nestroy, der auch Schauspieler war, für das Singspiel perfektionierte Form des politisch und sonst wie

anzüglichen, mehrstrophigen Couplets² bringt in der Textstrophe eine oft giftig formulierte, kritische Anmerkung zum Zeitgeschehen. Im Refrain hingegen, z.B. – „Da finden die Leut‘ dran ein Vergnügen? Ich, offen g’sagt, nicht, ich müsst’s lügen“ oder „Es ist jetzt schön überhaupt, wenn man an etwas noch glaubt“ oder „Die Welt steht auf kein Fall mehr lang!“³ – mündet die Kritik in einer Sentenz. Handlungsdruck wird abgefangen, das Publikum kann mit einem Kopfnicken, -wiegen oder -schütteln weiterleben wie bisher.

Witz, Selbstironisierung und Subversion. Ein deutsch-hegelianischer Reisender, Karl Gutzkow, erregt sich 1845: Die von Nestroy gepflogene Zweideutigkeit und Selbstironisierung beraube die unteren Klassen ihrer kostbarsten Kleinode, der sittlichen Grundanschauung aller Dinge und des gläubigen Vertrauens gegen Menschen.⁴ Wahr ist, dass die Obrigkeit von Komödien und Couplets sich allerhand – wenn auch bei weitem nicht

alles – gefallen ließ, zum schließlichen Machtverlust werden Subversion, Spott und Witz dennoch beigetragen haben. Die Differenz zwischen Spott (zersetzend/subversiv) und Kritik (erhebend/konstruktiv) ist ein politisches Thema geblieben.⁵ Im politischen Kabarett lebt das Couplet fort, beispielhaft Helmut Qualtingers Produktionen („der Papa wird’s scho richten“).⁶

Zensur. Die existenziellen Nöte der Literaten, die zwischen notwendiger Gedankenfreiheit und realer Obrigkeit lavierten mussten, kann nachfühlen, wer sich in Franz Grillparzers „Erinnerungen aus dem Jahre 1848“ einliest.⁷ Unter anderem da geht es da um die kleine Geschichte einer 1845 verfassten Denkschrift über die „gegenwärtigen Zustände der Censur“. Weil die Regierung alles hasst, was nach Koalitionen riecht, rät G. ab, weil er nicht als Zensurfreund dastehen will, unterschreibt er schließlich doch als Dritter. Erwartungsgemäß weist Metternich die Petition zurück,

(1) Norbert Bachleitner, Der englische und französische Sozialroman des 19. Jahrhunderts und seine Rezeption in Deutschland Wien 1993, bzw. Norbert Bachleitner, Kleine Geschichte des deutschen Feuilletonromans, Gunter Narr Verlag Tübingen, 1999 (2) Zum Couplet: www.linkfang.de/wiki/Couplet (3) https://de.wikipedia.org/wiki/Wiener_Couplet (4) Gesammelte Werke von Karl Gutzkow, Bd. 3, S.269 ff. „Wiener Eindrücke“. Digital: http://reader.digitale-sammlungen.de/de/fs1/object/display/bsb10604054_00005.html (5) Direkt zu Gutzkow/Nestroy siehe auch: Hubert Lengauer / Primus Heinz Kucher (Hg.) Bewegung im Reich der Immobilität. Revolutionen in der Habsburgermonarchie 1848-49. Literarisch-publizistische Auseinandersetzungen, Wien 2001 (6) siehe 2 (7) <http://gutenberg.spiegel.de/buch/erinnerungen-aus-dem-jahre-1848-1519/1> (8) https://de.wikipedia.org/wiki/Ferdinand_Georg_Waldm%C3%BCller

1840 Fabrikassen. Die ersten Unterstützungsvereine in Österreich wurden um 1840 gegründet, damit sich die Arbeiter bei Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit oder im Alter finanziell absichern konnten (die sogenannten Fabrikassen).



Oftmals übersehen wird die Stärke industrieller Kerne Österreichs im 19. Jahrhundert (Böhmen, Mähren und Schlesien, Steiermark): Eisen- und Stahlindustrie, Erzbergbau und Textilindustrie. Die Gründung von Fabrikassen stellt einen Anfang von kollektiven Sicherungssystemen für Industriearbeiter dar – wie kam es dazu.

In den Fabriken fanden sich Anfang des 19. Jahrhunderts zahlreiche Handwerker wieder, die zuvor in Zünften, also streng exklusiv für Mitglieder eigener Profession, organisiert waren und von dort Sicherungssysteme für Krankheits-, Sterbe-, Erziehungs- und Armutsfälle begründet hatten. Diese „Reste zünftischer Bruderschaften“¹ mit ihren Sicherungssystemen, oft auf religiöser Fürsorgephilosophie basiert, fand sich zuvor in sogenannten Pri-

vatvereinen wie den 1683 in Wien gegründeten „Privatverein der in Wien befindlichen K. u. K. Rechnungs- und Controlsbeamten zu wohlthätigen Zwecken für sich und ihre Familienmitglieder“ oder: (1785) „Witwen- und Waisensocietät des Wiener medicinischen Doctorencollegiums“; Ähnliches für juristische Doctorencollegiums, Wundärzte, Tonkünstler, bildende Künstler, Gold- und Juwelenarbeiter, den Handelsstand, Livreedienere, Handlungsdienere, Oberlehrer...^{1,2,3}

Die Idee, Kassen anzulegen, kam also wohl aus Impulsen von Akteuren aus Handwerkerzünften, die Erfahrung mitbrachten von erprobten Einrichtungen. Und doch kann die Gründung von Fabrikassen als Bewegung von der Basis her verstanden werden mit einer von Anfang an eigenständigen Organisation aus dem Fabrikarbeitsmilieu heraus. Fabrikassen, „die die Unterstützung von in Not geratenen Kameraden bezweckten“, wurden zuerst in der „Kattunindustrie“, dazu gehörten Baumwollspinnereien, -webereien, -druckereien und entsprechende Handels- und Vertriebsseinrichtungen im Reichsteil Böhmen gegründet. Gerade auch im Hinblick auf das Recht, Ansprüche aus der Mitgliedschaft in einer Fabrikasse über die Grenze hinaus mitnehmen zu können, war dies eine völlig neue

die Initiatoren veröffentlichen sie im Ausland, und in dieser Fassung liest G. seinen Namen an die erste Stelle der Unterzeichner gerückt, die Initiatoren hatten „ihre voranstehenden Namen durch einen Kunstradierer ausradieren lassen und sich in die Mitte des Haufens eingeschrieben (...), so daß ich, der ich allein den Schritt mißbilligt, nun als Rädelshführer an der Spitze stand“.⁷ – 1848 brachte im Habsburger Reich der Presse Freiheiten und parallel entstand eine Roman- und Novellenliteratur, die das Kulturerbe der Welt bereichert.

Martin Fochler, München

Genrebilder mit Hinweis auf kritikwürdige Zustände. Ferdinand Georg Waldmüller verdiente sein Geld in den Jahren des Vormärz vor allem mit Adelsporträts, nachdem er 1827 den Auftrag erhalten hatte, Kaiser Franz I. abzubilden. Auch wenn manches an seinen Bildern an Biedermeieridylle erinnert, war er sowohl technisch als auch inhaltlich ein durchaus scharfer Beobachter seiner Zeit. Gegen die akademische Malerei trat er für das Naturstudium und die

Freiluftmalerei ein. Es finden sich auch Abschilderungen sozialer Katastrophen, wie das hier abgebildete Gemälde von 1847 mit dem Titel „Die Pfändung“. Da Waldmüller von Metternich, dem obersten Zensor des österreichischen Kaiserreichs protegirt wurde, konnte er den Blick auch auf die dunklen Seiten der sozialen Wirklichkeit lenken, wobei die Kritik an diesen Zuständen im Kopf des Betrachters entstehen konnte, aber nicht musste. Mit einem „es ist halt so“, konnte man auch weitergehen zum nächsten Bild.⁸

Alfred Küstler, Stuttgart



Selbsttätigkeit. „Im Österreich vor 1848 war „nicht die geringste freie Regung ... zugelassen, Vereinsleben höchstens ein paar Unterstützungsvereine auf privater Basis“¹ Julius Deutsch zitiert den Bericht, den das böhmische Landesgubernium (Zentralregierung einer Provinz der K.u.K.-Monarchie) nach „stürmischen Streikunruhen“ 1844 anfertigen ließ und der hier auszugsweise wiedergegeben wird:

„4. alle diese Druckervereine des Inlandes und des Auslandes stehen untereinander insofern in Verbindung, als ein jedes Mitglied eines solchen Vereines, ... überall, wo ein solcher Verein besteht, eine Unterstützung (Reisegeld) und Aufnahme in den Verein für den Fall seines längeren Aufenthaltes anzusprechen berechtigt ist.“

8. „... ein förmliches, organisiertes Pensionsinstitut, welches schon im Jahre 1804 durch einen namhaften Beitrag des Fabrikherrn Ingenieur Leitenberger mit 7000 Gulden Konventionsmünze ins Leben gerufen wurde“

„10. ...den Reichstädter Druckern von den Wernstädter Druckern verweigerten Aufnahme in den Kassenverein und hierdurch vereitelten Eintrittes der Reichstädter Drucker in die Arbeit“ Kassenmitgliedschaft war Voraussetzung für einen Arbeitsvertrag.

Die Fabrikassen standen nicht in unauflösllichem Gegensatz zur Obrigkeit und auch nicht zum Fabrikherrn, dennoch ist nicht verwunderlich, dass diesem Bericht ein Verbot („böhmisches Gubernialdekret vom 14. März 1845“) „jeglicher Geldsammlung unter Fabrikarbeitern, die nicht vorher von der Behörde genehmigt worden war“ auf den Fuß folgte (zwei Tage nach Vorlage des Berichts).¹ Dennoch musste die Existenz der Kassen zugelassen werden.

Die einzige Kunde von den „Ideen des westeuropäischen Sozialismus“ wurde von wandernden Gesellen nach Österreich hineingetragen, bzw. zurückgebracht „von der Wanderschaft in Deutschland und in der Schweiz.“¹ Hochverrat und schwere Kerkerstrafen waren die Folge von Verdächtigungen.

Mit den Fabrikassen war, das weist J. Deutsch nach, ein wirksamer Impuls für Selbstorganisation in die Welt gekommen. Sie werden als Basis für die Entstehung von Gewerkschaften wahrgenommen. Politische Organisationsprozesse werden folgen. Das Revolutionsjahr 1848 war dann auch nicht mehr weit.

Eva Detscher, Karlsruhe

Quellen: (1) Julius Deutsch: Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung. I. Band; Wien 1929; Wiener Volksbuchhandlung, Wien VI (2) Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland: Sozialismus – Katholische ... von Walter Euchner, Helga Grebing, F.-J. Stegmann, Peter Langhorst, Traugott Jähnichen, Norbert Friedrich; Springer Verlag 2005 (3) Hans von Perthaler's auserlesene Schriften. Zweiter Band. Wien 1883, Wilhelm Braumüller, k.k. Hof- und Universitätsbuchhändler

Inhalt

Aktuelles

Großbritannien rüstet zur See • Brexit
• TTIP • Stuttgart 21: Wahrscheinlich
teurer, Gegner fordern: „Umstieg“

Der Militärputsch ist gescheitert – Erdogans Putsch geht weiter

Auslandsnachrichten

Frankreich: Widerstand gegen Loi El
Khomri • Schweiz: Schutz statt Ausbeu-
tung in Privathaushalten • Österreich:
Sobotkas Ziel mehr Armut • Schweden:
Abkommen für menschenwürdige Arbeit
• Türkei: Bergarbeiterprotest gegen Pri-
vatisierung • Südkorea: Schluss mit den
Angriffen auf Gewerkschaften • Kam-
bodscha: Streik in Schuhfabrik • China:
Walmartbeschäftigte gegen Arbeitszeit-
diktat • Bolivien: Konflikte nach Fabrik-
schließung • Uruguay: Generalstreik •
Mexiko: Konflikt um die Bildungsreform

Aktionen ... Initiativen

70 000 Berliner/innen fordern verbind-
liche, machbare und faire Volksent-
scheide! • Unterfinanziert! • Scheitern
auf ganzer Linie • Alleinerziehende in
Armut: Unterhaltsvorschlusses reformie-
ren! • Weißbuch der Bundesregierung
ist Konfrontation und Kriegsvorberei-
tung • Politik der nuklearen Abschre-
ckung ist eine Provokation • Deutsche
Rüstungsexporte haben sich fast ver-
doppelt • Primark – nein Danke! Bonner
Bündnis gegen Wegwerf-Mode-Markt
am Hauptbahnhof

Mannheim: Windräder im Käfertaler Wald?

München: CSD-2016

Hamburg: Linke begrüßt Kompromiss mit der Initiative für Integration (Ifi)

Kommunale Politik

Zweifel an Polizeistatistik: Mehr Trans-
parenz zu rechten Straftaten! Bochum •
Kölner Haushalt: Im Juni verabschiedet,
Ende Dezember in Kraft • Fahrpreise in
Frankfurt: Teuer, teurer, am teuersten
• Wehret den Anfängen – Kasseler
Linke sieht Verstoß gegen Geschäfts-
ordnung als Gebot der Stunde • Hartz
IV Empfängern soll der Mietzuschuss
gekürzt werden: Rhein-Sieg-Kreis • So-
zialeleistungen halten mit Energiekosten
nicht mit: Bremen • Einjahresbilanz
von Bürgermeister Sieling: Rot-Grün
ohne Impuls gegen Armut und soziale
Spaltung. Bremen • Städtisches Woh-
nungsunternehmen nicht wie Zitrone
ausquetschen: Essen

Überlebende des Fabrikbrandes in Karachi verklagen die deutsche Firma KIK

Kartellrecht und Arbeitnehmerrechte im Konflikt?

Wirtschaftspresse

Rechtsaußen im Rathaus

Die AfD: Einschätzung und Umgang

Projekt Wegemarken: Sachstand

1840er-Jahre: Auf leisen Sohlen kommt die Solidarität in die Welt

Unter der Herrschaft der Zensur ...
1840: Fabrikkassen

11. bis 13. August: Sommerschule 2016 der ArGe Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung

Die Sommerschule 2016 beginnt am **Donnerstag, 11.8. (14 Uhr)**, und dauert bis
Samstag, 13.8.2016 (17 Uhr).

Zwischen Gesellschaft und Gemeinschaft: Die Genossenschaften

Kann die Genossenschaftswirtschaft etwas, das Märkte nicht leisten? Dieser Frage wollen wir uns im Kurs Wirtschaft der Sommerschule nähern.

In einem ersten Schritt werden wir einen Blick auf Anfänge dieser Form des Wirtschaftens werfen und nachschauen, welche Hoffnungen, Kritiken und Deutungen die zeitgenössischen emanzipativen Bewegungen sie begleiteten.

Sodann wollen wir Beispiele des Genossenschaftswesens in den wachsenden Industriegesellschaften betrachten und verstehen, wieso sie den unerbittlichen Hass der faschistischen Politik auf sich zogen, die, wo sie an

die Macht gelangte, zur Vernichtung schritt.

Vor allem geht es uns aber um die Chancen genossenschaftlichen Wirtschaftens heute, dabei geht es uns nicht nur um praktische Beispiele und Möglichkeiten der politischen Förderung, uns interessiert auch, ob diese Art des Wirtschaftens einen Kontrapunkt zur Steuerung bloß über zahlungsfähige Nachfrage setzen kann.

Die Materialmappe ist noch in Arbeit, wer an der Stoffsammlung mitwirken will, wende sich bitte über arageagw@linkekritik.de an die Vorbereitungsgruppe.

Martin Fochler, Rüdiger Lötzer

Fürsorge – Aufgabe der Gesellschaft und Thema der Religionen

Unter diesem Arbeitstitel wollen wir in der Sommerschule unter den folgenden drei Gesichtspunkten die Akteure im Fürsorgebereich untersuchen. Dabei geht es weniger um die als staatlich verfasste Organisationen der Fürsorge, welche oft aus der Forderung der Übernahme dieser bislang von den Religionsgemeinschaften erfüllten Aufgabe entstanden, sondern mehr um die Fürsorge der religiösen Vereinigungen (wie Caritas, Diakonie; Entsprechendes bei Muslimen und Juden usw.).

Untersuchungsgegenstände wären daher:

1. Theologischer Background (Christen z.B. Bergpredigt, Entsprechendes

bei Muslimen, sodann auch Entsprechendes beim jüdischen Gemeinschaften).

2. Moderne Begründung dieser Fürsorge durch Religionsgemeinschaften, eigene Definitionen durch die Organisationen selbst, Entstehung moderner Normen.

3. Besonderheiten im Hinblick auf die Verortung innerhalb des Staatsgebiets der Bundesrepublik (staatliche Anerkennung usw.). Insbesondere die Verknüpfung mit dem hiesigen Staatsgebilde, bestehende und angestrebte Institutionalisierungen.

Eva Detscher

Organisatorisches

Wir tagen und übernachten in der Jugendherberge „Hochheimer Straße“, da die Räume in der Klingenstrasse renoviert werden.

Adresse: JH Erfurt, Hochheimer Str. 12, 99094 Erfurt, Tel. 0361 5626705.

Die JH ist vom Bahnhof Erfurt mit der Straßenbahn 6 bis Endstation Steigerstraße zu erreichen. Von dort sind es noch ca. 200 m Fußweg.

Die Kosten für Ü/F betragen 31 Euro/Tag und Person.

Bettwäsche ist vorhanden, **bitte Handtücher mitbringen**.

Mittag-/Abendessen können auf Wunsch in der JH eingenommen werden. Bitte bei der Anmeldung angeben. Auf Antrag können in begrenztem Umfang auch Reisekosten übernommen werden.

Wir sind wie immer als Gruppe angemeldet und haben eine gewisse Anzahl an Betten reserviert. Um die Anzahl entsprechend der Anmeldungen anpassen zu können, bitte wir euch um **Anmeldungen bis 15. Juli** und nur bei hanne-reiner@onlinehome.de oder telefonisch 030-39808805.

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint in vier Wochen am **18. August 2016**.

Redaktionsschluss: **Freitag, 12. August**

Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de.

Die weiteren Erscheinungstermine 2016:

15. Sept., 13. Okt., 10. Nov., 8. Dez.